

nds 4-2019

nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Europawahl: Deine Stimme zählt!
Rechtschreibung will gelernt sein
Strategiespiel: Konflikte global lösen
Mehr Wertschätzung für Lehrer*innen
Stimmen zur BDS-Kampagne
Tag der Arbeit: Demos für Europa

**Zusammenstehen:
Vielfalt bereichert.**



K 5141 71. Jahrgang April 2019 ISSN 0720-9673



Fotos: STUDIOCAVAL

Mit der GEW NRW ins Kino

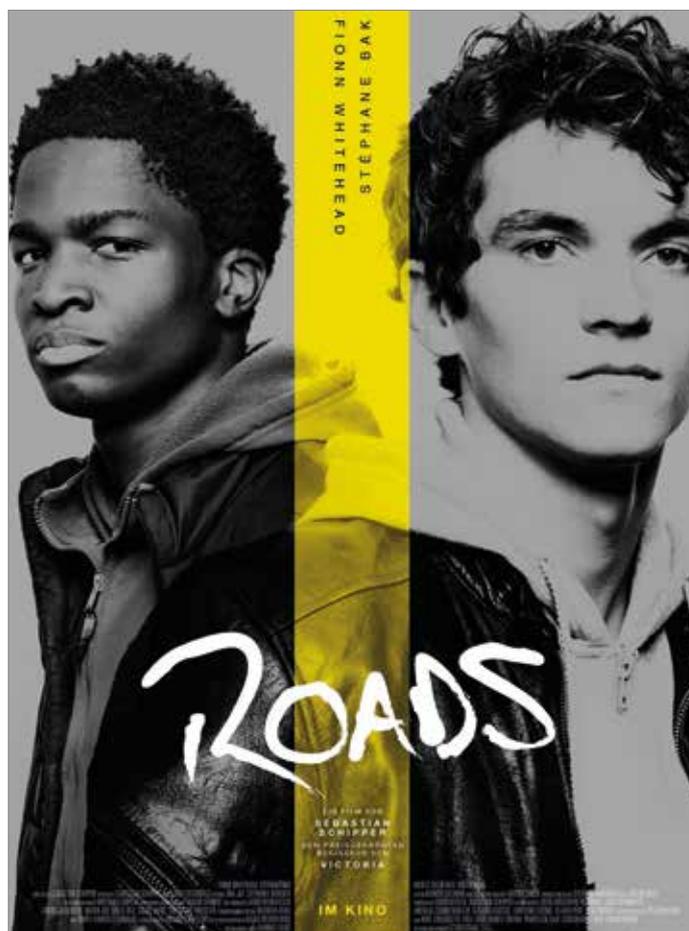
ROADS

In dem Film **ROADS** schickt Regisseur Sebastian Schipper zwei 18-Jährige auf einen ebenso aufregenden wie bewegenden Trip durch Europa. Ein Film über radikale Veränderung, Freundschaft und Flucht.

Der 18-jährige William (Stéphane Bak) aus dem Kongo versucht, die Grenze nach Europa zu überwinden, um dort seinen verschollenen Bruder zu suchen. In Marokko trifft er zufällig auf den gleichaltrigen Briten Gyllen (Fionn Whitehead), der das Luxuswohnmobil seines Stiefvaters entwendet hat und damit dem Familienurlaub entflohen ist. Die beiden werden zu perfekten Verbündeten: Getrieben von Abenteuerlust sowie einer großen Sehnsucht bahnt sich das ungleiche Paar seinen Weg durch Europa. Während die jungen Männer auf ihrer Reise immer stärker zusammenwachsen, werden sie mit Entscheidungen konfrontiert, die nicht nur ihr eigenes Leben nachhaltig beeinflussen.

In der Flucht findet Sebastian Schipper, der das Drehbuch gemeinsam mit Oliver Ziegenbalg geschrieben hat, ungesehene Bilder und Momente voll von überraschendem Humor und überwältigender Emotionalität. Gleichzeitig entwickelt er einen Blick auf die tiefen emotionalen und gesellschaftlichen Risse, die unsere westliche Welt prägen.

Vorstellungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Der Film eignet sich unter anderem für die Fächer Deutsch, Englisch, Geschichte, Ethik, Religion, Philosophie, Sozialwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und Politikwissenschaften.



VORSTELLUNGEN FÜR GEW-MITGLIEDER

Sonntag, 26. Mai 2019

Bielefeld Kamera, Feilenstraße 2-4, Beginn: 11.00 Uhr

Köln Off Broadway, Zülpicher Straße 24, Beginn: 11.00 Uhr

Offizieller Kinostart 30. Mai 2019

Filmwebseite www.roads-film.de

Anmeldung und Infos www.gew-nrw.de/veranstaltungen



Vielfalt bereichert.

Das Motto „Vielfalt bereichert!“ haben wir nicht nur für den Messeauftritt der GEW NRW bei der diesjährigen Bildungsmesse didacta in Köln gewählt, es ist auch das Leitmotiv für unseren Gewerkschaftstag im Mai 2019. Nachdem wir zuletzt „Bildung gegen Spaltung“ als Maxime für den Gewerkschaftstag ausgesucht hatten, wird in diesem Jahr mit dem Fokus auf Vielfalt erneut unsere Grundhaltung sichtbar: Wir zeigen deutlich, wie wir in dieser Gesellschaft Gewerkschaft sein wollen.

GEW NRW – eine Gewerkschaft mit ausreichend Profil?

Natürlich haben wir als Tarif- und Bildungsgewerkschaft klare Forderungen für die verschiedenen Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung in der Kita über die Schule sowie den offenen und gebundenen Ganzttag, die Jugendhilfe und die Erwachsenenbildung bis hin zur Hochschule mit ihren wissenschaftlich Beschäftigten und Studierenden. Eindeutige, unmissverständliche Forderungen, die sowohl die Bildungspolitik als auch die Arbeitsplätze und Tarifverträge betreffen. Klare Forderungen nach Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft.

Warum haben wir uns trotzdem für ein eher allgemeines Motto entschieden? Für die GEW NRW ist „Vielfalt bereichert!“ das Prinzip, nach dem wir als Gewerkschaft agieren angesichts der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich, angesichts zunehmender Ausgrenzung von Menschen anderer Nationalität, anderer Religion oder Weltanschauung, verschiedener sexueller Orientierung oder unterschiedlicher Familienmodelle.

Vielfalt als Motor gesellschaftlichen Fortschritts

In Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus bis hin zu offenem Rassismus und Antisemitismus sowie vielfältigen Formen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ wie sie der Soziologe und Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer beschreibt, bekennt sich die GEW eindeutig zur positiven Wirkung von Vielfalt als wichtiger Grundlage für unser Handeln. Wir wollen nicht schweigend zusehen, wenn sich das gesellschaftliche Klima verändert. Wir wollen nicht schweigend zuhören, wenn die Diskriminierung von Minderheiten in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen ist. Wir sind davon überzeugt, dass wir als Gewerkschafter*innen unsere Stimme für die Ausgegrenzten erheben müssen. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gemeinsam leben und lernen, auch wenn die Voraussetzungen verschieden sind. Wir wollen, dass es keine frühe Sortierung in Schubladen gibt, wenn Kinder und Jugendliche einen besonderen Förderbedarf haben oder die deutsche Sprache noch lernen müssen. Stereotype in Bildungsmedien – zum Beispiel die Geschlechterrollen betreffend – müssen ersetzt werden durch eine vielfältige, bunte Darstellung, die nicht separiert, sondern zeigt, wie bereichernd diese Vielfalt ist.

GEW NRW vielfältig aufstellen und neu denken!

Die GEW NRW hat auch selbst noch Handlungsbedarf und muss sich kritischen Fragen stellen: Finden sich die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen in unseren Gremien wieder? Lassen wir zu, dass Jüngere verantwortliche Aufgaben übernehmen, ohne dass die Älteren ihnen zu geringe Sachkenntnis unterstellen? Ist unser Ausschuss für Migration, Diversity und Antidiskriminierung unser Feigenblatt für diese Themen? Sind wir bereit, GEW NRW neu zu denken, auch wenn wir dafür liebgegewordene Gewohnheiten aufgeben müssen? Es ist ein weites Handlungsfeld, dem wir uns in der Zukunft verstärkt widmen müssen, aber ich bin sicher, dass die GEW NRW für die neue Legislaturperiode gut aufgestellt ist, denn: Vielfalt bereichert – unsere Gesellschaft, aber auch die Bildungsgewerkschaft. //



Dorothea Schäfer

Vorsitzende der GEW NRW

SONDERHEFT



punktlandung 2019.1 **Deine Stimme zählt!**

Stimmen zur Wahl
Was geht in Europa?

Seite 18

Mitbestimmung in der EU
Europa fühlen und wählen!

Seite 19

Auslandssemester in Europa
Study, work and travel

Seite 20

Lernen und arbeiten in der EU
So geht Europa in Schule und Hochschule

Seite 22

BILDUNG



Zusammenstehen: **Vielfalt bereichert.**

Katharina-Henoth-Gesamtschule in Köln
„Vielfalt macht uns stark!“

Seite 8

Öffentlich-rechtliche Medien in der Verantwortung
„Vielfalt ist ein Teil des Bildungsauftrags!“

Seite 10

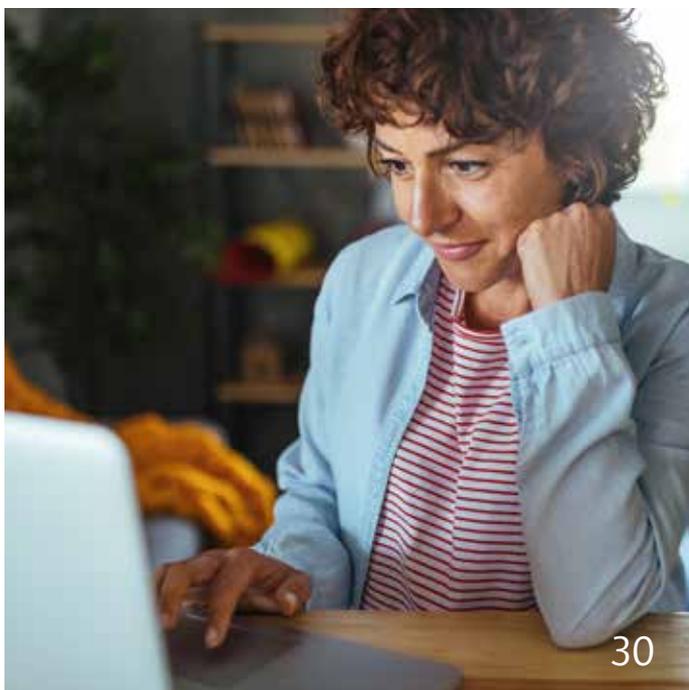
Schulische Inklusion
Rechtschreibung will gelernt sein

Seite 12

Strategiespiel: Civil Powker
Globale Konflikte zivilgesellschaftlich lösen

Seite 14

ARBEITSPLATZ



Studie zum Image von Lehrkräften weltweit
Deutsche Lehrer*innen
verdienen mehr Wertschätzung

Seite 28

Initiativen für Dienstgeräte
Lehrkräfte jetzt für Digitalisierung ausstatten!

Seite 30

Kommentar zum Tag der Arbeit
Europa. Jetzt aber richtig!

Seite 32

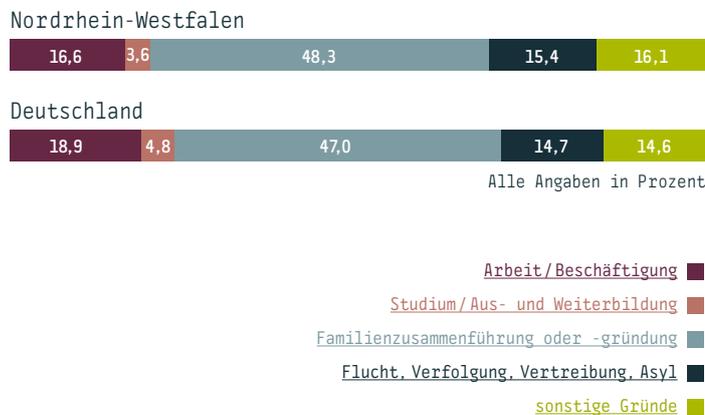
IMMER IM HEFT

GEW-Kino	Seite 2
Nachrichten	Seite 6
Leser*innenbriefe	Seite 25
Weiterbildung	Seite 33
Infothek	Seite 34
Termine	Seite 38
Impressum	Seite 39

Dieser nds liegen der neue Prämienflyer „Da ist viel drin.“ sowie für alle Tarifbeschäftigten die aktuelle Entgelttabelle bei. Sollten die Beilagen in Ihrer Ausgabe versehentlich fehlen, geben Sie uns gern Bescheid per E-Mail an versand@gew-nrw.de

Familie ist der Hauptgrund für Zuwanderung

Welche Motive haben Menschen mit Migrationshintergrund für ihren Zuzug nach Deutschland von 1955 bis heute?



Quelle: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder: Integrationsmonitoring der Länder, 2019

Fast die Hälfte der 12,2 Millionen Migrant*innen, die seit dem 31. Dezember 1955 nach Deutschland zugezogen sind, begründete ihre Zuwanderung mit dem Wunsch der Familienzusammenführung beziehungsweise der Gründung einer eigenen Familie. Zu diesem Ergebnis kommt die Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder (IntMK) in ihrem Bericht 2019. In NRW gaben insgesamt 48,3 Prozent der Befragten diesen Grund für ihren Zuzug nach Deutschland an. Das bundesweit zweithäufigste Motiv für die Zuwanderung war der Wunsch nach Arbeit und Beschäftigung (18,9 Prozent). Der Anteil der Menschen, die wegen Flucht, Verfolgung und Vertreibung nach Deutschland gekommen waren, betrug in der Bundesrepublik 14,7 Prozent. In NRW war deren Anteil mit 16,1 Prozent etwas höher als im bundesweiten Durchschnitt. Das seltenste Motiv für eine Zuwanderung war der Wunsch nach Aus- und Weiterbildung. **Mehr ab Seite 8 und unter www.integrationsmonitoring-laender.de** *IntMK/kue*



Begreifen
zum Eingreifen

Wohnungsnot



Wie groß ist die Wohnungsnot in Deutschland? Stadtsoziolog*innen der Humboldt-Universität Berlin legen detaillierte Zahlen vor. www.tinyurl.com/wohnungsnot-studie

Gewerkschaftsgeschichte



Die Hans-Böckler-Stiftung hat ein Internetportal zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1830 entwickelt. Themen sind unter anderem Mitbestimmung, Frauenpolitik und Traditionen. www.gewerkschaftsgeschichte.de

Bundestag



Der Anteil von Bundestagsabgeordneten, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, ist in den vergangenen 20 Jahren gesunken. Das zeigt eine Erhebung, die der Deutsche Bundestag veröffentlicht hat. www.tinyurl.com/abgeordnete-bundestag

Kitafachkräfte

Das „Forum Förderung von Kindern“, zu dem auch die GEW NRW gehört, fordert die Landesregierung in einem Offenen Brief auf, den Fachkräftemangel in Kitas mit Nachdruck zu bekämpfen. „Durch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung ist ein stetig steigender Fachkräftebedarf zu verzeichnen“, heißt es in dem Schreiben. Demnach werden bis 2025 bundesweit 205.000 zusätzliche Erzieher*innen gebraucht.

Mehr unter www.tinyurl.com/kita-fachkraeftemangel *kue*

Wahl-O-Mat

Die Bundeszentrale für politische Bildung schaltet ab dem 3. Mai 2019 den Wahl-O-Mat für die Europawahl frei. Mit dem kostenlosen Onlineangebot finden Wähler*innen heraus, welches Parteiprogramm am meisten mit ihren Vorstellungen übereinstimmt. Der Abgleich funktioniert mit allen deutschen und einigen Parteien aus anderen EU-Staaten. Bis zum 26. Mai 2019 bleibt das Tool online.

Mehr unter www.tinyurl.com/eu-wahlomat-2019 *bpb/kue*

Nur drei G8-Gymnasien in NRW

Zum Schuljahr 2019/2020 konnten die Schulkonferenzen der Gymnasien in NRW einmalig den Verbleib im Bildungsgang G8 beschließen. Dass es in Zukunft zwei Bildungsgänge geben soll, begründete die Landesregierung so: „Eine Option, G8 unter bestimmten Voraussetzungen fortführen zu können, ist dadurch begründet, dass es auch einen nennenswerten Anteil von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften gibt, die G8 positiv gegenüberstehen.“ Nun informierte NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer den Ausschuss für Schule und Bildung im Landtag über das Votum der Gymnasien. Das Ergebnis: Ein öffentliches und zwei private Gymnasien bleiben bei G8. Laut amtlicher Schulstatistik gibt es im Schuljahr 2018/2019 in NRW 625 öffentliche und private Gymnasien. Somit nutzen nur 0,5 Prozent aller Gymnasien weiterhin die G8-Option. Auf Nachfrage der Opposition führte Yvonne Gebauer aus, dass dem Land durch die dauerhaft unterschiedlich langen Bildungsgänge keine zusätzlichen Kosten entstünden. *ms*

Onlinepetition: Grundrente jetzt!

Der DGB hat im März 2019 eine Onlinepetition unter dem Titel „Grundrente jetzt!“ gestartet. Damit fordern die Unterzeichner*innen die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD auf, sich noch im ersten Halbjahr 2019 auf die Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung zu einigen: „Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nur geringe Rentenansprüche haben, obwohl sie jahrzehntelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, muss die Rente aufgewertet werden. Nur so kann verhindert werden, dass sie im Alter in die Grundsicherung fallen“, heißt es in der Begründung. Eine Bedürftigkeitsprüfung lehnt der DGB ab: „Es geht darum, die Lebensleistung der Menschen zu würdigen und sie vor Altersarmut zu schützen – nach einem langen Arbeitsleben muss ihnen der Gang zum Grundsicherungsamt erspart bleiben.“ Die Petition läuft noch rund zwei Monate. **Mehr unter www.tinyurl.com/grundrente-jetzt** *DGB*

Zukunftsdialog

Vor der Europawahl hat der DGB einen „Zukunftsdialog“ gestartet. Auf einer Internetplattform können Nutzer*innen ihre Ideen für eine gute Zukunft einstellen und mit anderen darüber diskutieren. Insgesamt gibt es 14 verschiedene Bereiche zu gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Themen wie Arbeitszeit, Digitalisierung sowie Demokratie und Zusammenhalt. Begleitend zur Aktion finden viele Veranstaltungen statt. **Mehr unter www.redenwirueber.de** *DGB*

Arbeitskämpfe

2018 sind in Deutschland durch Arbeitskämpfe rund eine Millionen Arbeitstage ausgefallen. Damit hat sich das Arbeitskampfvolumen gegenüber dem Vorjahr mehr als vervierfacht. 2017 verzeichnete das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung 238.000 Ausfalltage. Sehr viel höher fiel auch die Streikbeteiligung aus. Sie stieg von 131.000 im Jahr 2017 auf knapp 1,2 Millionen Streikteilnehmer*innen 2018. *Hans-Böckler-Stiftung*

Proteste gegen Hochschulgesetz

Eine Sitzung des Wissenschaftsausschusses zur Zukunft des Hochschulgesetzes wurde am 3. April 2019 von studentischen Protesten begleitet. Zu der Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag hatte das Bündnis #NotMyHochschulgesetz, getragen von 17 Organisationen – darunter Landes-ASten-Treffen NRW, DGB Jugend und LASS NRW sowie eine Vielzahl von weiteren Asten –, aufgerufen. Die Sitzung mit Expert*innenanhörung wurde live übertragen. Gewerkschaften üben scharfe Kritik an dem Gesetzesentwurf, weil deutliche Verschlechterungen für Hochschulbeschäftigte und Studierende zu befürchten sind. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, kritisiert unter anderem die geplante Abschaffung der Zivilklausel: „Die Verantwortung einer Landesregierung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen zeigt sich auch an einem entschiedenen Eintreten für eine Forschung, die ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet ist.“ **Mehr unter www.tinyurl.com/hochschulgesetz-novelle** *bp*

Mehr Jugendliche ohne Ausbildung

Mehr als zwei Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben nach dem Berufsbildungsbericht 2019 der Bundesregierung keinen Berufsabschluss. Das sind 130.000 Ungelernte mehr als im Vorjahr. Die Vorsitzende der GEW NRW Dorothea Schäfer kritisiert: „Insbesondere im Ruhrgebiet, wo die Lage besonders dramatisch ist, brauchen die Schulen mehr Unterstützung, um die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu verringern.“ Fast jede*r dritte Jugendliche mit Hauptschulabschluss macht trotz Übergangsmaßnahmen keine Berufsausbildung. Ein Grund für die hohe Quote ist, dass die Bewerber*innen nicht zu den freien Stellen passen. Einige Ausbildungsplätze bleiben deshalb unbesetzt, während es für andere Stellen zu viele Bewerber*innen gibt. *DGB/kue*

Mehr Mädchen machen Abitur

Im Sommer 2018 lag an den allgemeinbildenden Schulen in NRW der Mädchenanteil an allen Absolvent*innen mit Hochschulreife bei 54,8 Prozent. Wie auch im Vorjahr waren Mädchen beim Abitur überrepräsentiert. Bei den Schulabgänger*innen mit und ohne Hauptschulabschluss waren dagegen Jungen häufiger vertreten als Mädchen mit einem Anteil von 60,1 beziehungsweise 61,6 Prozent. Bei den Absolvent*innen mit Fachhochschulreife inklusive des schulischen Teils hatten Mädchen einen Anteil von 47,5 Prozent. Im Sommer 2018 verließen insgesamt 189.198 Schüler*innen die allgemeinbildenden Schulen in NRW. Der Anteil der Mädchen an der gesamten Schüler*innenschaft ist mit 48,9 Prozent minimal geringer als der ihrer Mitschüler. *IT.NRW*

Debatte um Bundeswehr in Schule

Auf Antrag der Regierungsfractionen diskutierte der NRW-Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über Bundeswehrbesuche in Schulen. Dorothea Schäfer forderte anlässlich der Debatte: „Lehrer*innen sind die Expert*innen für den Unterricht. Sie sollten das Thema Außen- und Sicherheitspolitik nicht speziell geschulten Jugendoffizier*innen der Bundeswehr überlassen.“ Hintergrund der Diskussion war ein Beschluss des SPD-Landesverbands Berlin, militärischen Organisationen zu untersagen, an Schulen für ihre Arbeit zu werben. **Mehr ab Seite 14 und unter www.tinyurl.de/bundeswehr-aktuelle-stunde** *bp*

SPD-Vorschlag: Wählen ab 16 Jahren

Die SPD ergreift erneut die Initiative, zur Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Landtagswahlen. Die Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Als Hauptargument verweist die Partei darauf, dass rund 300.000 Schüler*innen sich mittlerweile deutschlandweit bei den Demonstrationen „Fridays for Future“ engagieren. Auch in NRW demonstrieren regelmäßig rund 30.000 junge Menschen für mehr Klimaschutz. Daher solle der jüngeren Generation die Möglichkeit der direkten politischen Beteiligung gegeben werden. SPD und GRÜNE hatten sich bereits 2016 für das Wählen ab 16 Jahren stark gemacht. *ms*

Beschäftigte müssen länger arbeiten

Durch die Verschiebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre müssen viele Arbeitnehmer*innen in Zukunft länger arbeiten. In den kommenden Jahren wird das tatsächliche Renteneintrittsalter um bis zu eineinhalb Jahre steigen – auf rund 65,5 Jahre. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Der Preis dafür sind höhere Ungleichheit und ein größeres Armutsrisiko. Der erhebliche Unterschied zwischen gesetzlicher Regelaltersgrenze und tatsächlichem Renteneintritt zeigt auch, dass viele Menschen vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden müssen. Davon sind Beschäftigte mit niedrigeren Bildungsabschlüssen besonders häufig betroffen. *Hans-Böckler-Stiftung*

Mehr Studierende mit Stipendium

Im Jahr 2018 erhielten in NRW 7.835 Studierende ein Deutschlandstipendium nach dem Stipendiumprogrammgesetz. Das waren 4,6 Prozent mehr Studierende als ein Jahr zuvor. Besonders an den Universitäten waren deutlich mehr Stipendiat*innen eingeschrieben als noch im Vorjahr. Die Zahl der Mittelempfänger*innen stieg hier um 6,5 Prozent auf 4.707 Studierende. Mit 60,1 Prozent bilden die Universitätsstudierenden den größten Anteil unter den Stipendiat*innen. Weitere 2.811 Mittelempfänger*innen besuchten eine Fachhochschule, das waren 1,2 Prozent mehr als 2017. Die Hochschulen erhielten im Jahr 2018 von 1.817 privaten Mittelgeber*innen insgesamt 8,31 Millionen Euro. 2017 waren es 1.882 private Förderer*innen mit 8,25 Millionen Euro. *IT.NRW*

Katharina-Henoth-Gesamtschule in Köln

„Vielfalt macht uns stark!“

Als frischgebackene „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ hat die Kölner Katharina-Henoth-Gesamtschule interkulturelle Bildung fest in ihrem Konzept verankert. Doch wie wird Vielfalt im Schulalltag gelebt? Welche speziellen Projekte gibt es? Und wie stellt die Schule sicher, dass niemand zu kurz kommt? Ein Schulbesuch.

Das Auto geparkt. Ein orientierender, mehr suchender Blick. „Kann ich helfen?“, kommt eine Schülerin freundlich fragend auf mich zu. Ja, sie kann und erklärt den Weg zur Verwaltung der Katharina-Henoth-Gesamtschule in Köln. Gruppen von Kindern unterschiedlicher Herkunft spielen Basketball auf dem Hof, stehen zusammen, schlendern über die Wege, reden. Offenheit, Freundlichkeit, Vielfalt – das sind die ersten Eindrücke an der Schule, die gerade als 27. Schule in Köln als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet worden ist. Eine von inzwischen mehr als 840 Schulen in NRW.

Vielfalt als Alleinstellungsmerkmal

Große Änderungen bedurfte es dafür nicht. Vielfalt sehen Schulleiter Martin Süsterhenn und Samir Bouajaja, Projektkoordinator, als Alleinstellungsmerkmal. „Diese Vielfalt macht uns stark“, betont Samir Bouajaja, der das Konzept für die couragierte Schule nach einer Fortbildung zur interkulturellen Koordination entwickelt hat. Schüler*innen, Schulleitung, Kollegium und Eltern – alle standen hinter der Idee, interkulturelles Zusammenleben als Stärke zu sehen und in den Fokus zu rücken. „Uns war daran gelegen, wirklich daran zu arbeiten und es nicht als schickes Nice-to-have zu betrachten“, sagt Samir Bouajaja.

Um Vielfalt, Offenheit und Toleranz dauerhaft zu verankern, hat die Schule ein Fünf-Säulen-Modell unter der Überschrift „Interkulturelle Schulentwicklung“ ausgearbeitet. Die fünf Handlungsfelder gliedern sich in Lehrkräfte, Elternarbeit, Unterrichtsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Schulleben.

Gemeinsam essen: Brücke zwischen Kulturen

Interkulturelle Bildung wird als Teil der allgemeinen Bildung gesehen. Mehrsprachigkeit wird im Schulalltag anerkannt und genutzt. „Schüler*innen switchen im Matheunterricht zwischen Deutsch und Türkisch und wieder zu Deutsch“, nennt Schulleiter Martin Süsterhenn ein Beispiel, wie sprachliche Vielfalt genutzt wird. Die ethnische Vielfalt der Schüler*innen spiegelt sich im Kollegium wider. Etwa ein Drittel der 130 Lehrkräfte hat einen Migrationshintergrund. Auch da ist interkulturelles Verständnis gefragt. Teile des Kollegiums reisen in den Ferien gemeinsam. Abseits von Tourist*innenpfaden verschaffen sie sich Eindrücke von Istanbul oder Andalusien. Samir Bouajajas Wurzeln liegen in Marokko. Er plante die Tour dorthin. Für ihn ist klar: „Vorurteile kann man nur abbauen, wenn man andere Menschen oder Kulturen kennenlernt. Das hat Auswirkungen noch lange nach Ende der Reise.“

Kulturelle Eigenarten bindet er auch in den Unterricht ein. „Der Zugang zur Kultur über das Essen ist einfach. Man kommt gut ins Gespräch“, sagt Samir Bouajaja, der Hauswirtschaft und Naturwissenschaften unterrichtet. Ein Schüler, der aus Indien stammt, erklärte, dass Kühe dort heilig seien. So lebensnah wie der Schüler das vermittelt habe, könne es keine Lehrkraft leisten. „Es profitieren alle, wenn die Kinder erzählen“, sagt Samir Bouajaja. Bei den zwei Schulfesten, die jedes Jahr auf dem Plan stehen, werden die Eltern und das Kollegium einbezogen, vor allem beim Essen. Sie fahren auf, was sie am besten können oder schätzen. Dabei darf man aber nicht stehen bleiben, meint der Projektkoordinator. Eltern müssten in die Unterrichtsplanung eingebunden werden.

Checkliste für interkulturelles Lernen

Dafür hat die Katharina-Henoth-Gesamtschule eine Checkliste erstellt, die regelmäßig diskutiert beziehungsweise aktualisiert wird. Anhand von 35 Punkten wird überprüft, wie sprachliche und kulturelle Kompetenzen von Schüler*innen und Eltern in den Unterricht integriert werden und welche außerschulischen Lernorte es für interkulturelles Lernen gibt. Dazu zählen auch Kontrollen, ob an der Schule Informationen mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden, ob in der Bibliothek Literatur aus verschiedenen Kulturkreisen vorhanden ist und ob in Konfliktsituationen kulturspezifische Aspekte berücksichtigt werden.

Das heißt aber nicht, dass es an der Schule keine Konflikte gibt: Die werden immer wieder in Unterrichtsprojekten thematisiert, erklärt der Projektkoordinator. In seiner Klasse



können Schüler*innen positive, aber auch negative Erlebnisse in ein Buch eintragen – gerne auch anonym. Zum Ende der Woche werden die Probleme im Klassenrat besprochen – unter Einbindung der Sozialpädagog*innen. Ziel sei es, dass die Schüler*innen mit Hilfe des Buchs später selbst die Konflikte moderieren können. Klar ist: „Bei Intoleranz schreiten wir sofort ein.“

Kulturprojekte erweitern den Horizont der Schüler*innen

Die Checks und Optionen sind nicht in Stein gemeißelt. „Die Schule und die Welt ändern sich“, sagt Samir Bouajaja. „Da ist eine ständige Anpassung nötig.“ Alle zwei Jahre wird evaluiert, ob die Vorgaben noch stimmig sind. Die Aktionsfelder müssten, wenn überhaupt, an die Schüler*innenschaft und den Standort angepasst werden. „Wir schauen auf die Kinder. Was passt für uns?“, ergänzt Martin Süsterhenn. So wurde der Leistungskurs Türkisch gestrichen, „weil die Schüler*innen die Voraussetzungen nicht mehr mitbringen“. Oft kämen die Kinder der vierten oder fünften Generation sprachlos in die Schule. Sie können weder die Muttersprache der Eltern oder Großeltern richtig sprechen noch Deutsch. Ihre Sprache ist, wenn überhaupt, die Kiezsprache. Für den Schulleiter folgt daraus: „Wir müssen die Kultur ins Haus holen und selber Kultur schaffen.“

Dabei setzt Martin Süsterhenn auf eigene Projekte wie Musicals, aber auch auf außerschulische Akteure im Stadtviertel, die neue Horizonte eröffnen. Ein gut vernetzter Pfarrer im Quartier vermittelt Kontakte. Mit der Bibliothek im Vier-

tel ist eine Kooperation geplant. Für den Schulleiter ist es wichtig, „den Kindern nicht nur eine Welt vorzuspielen, sondern zu zeigen: Alles ist möglich. Das leben wir hier“.

Brauchte es da noch eine Zertifizierung als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“? „Ja“, sagt der Schulleiter, „wir müssen uns immer wieder daran erinnern“. Katharina Henoth, Namensgeberin der Schule, ist als Hexe verbrannt worden. „Wir wollen alles daransetzen, dass es zu solchen Vorurteilen, zu solcher Diskriminierung, zu solcher Missgunst und zu solchem Hass, wie Katharina Henoth es erleben musste, nicht mehr kommt. Wir wollen alles daransetzen, menschlich, offen, vorurteilsfrei und respektvoll miteinander umzugehen und zu leben“, heißt es im Programm zur Verleihung des Siegels „Schule ohne Rassismus“. Der Titel stehe auch als Auftrag und Mahnung dafür, wozu Diskriminierung, Vorurteile, Ablehnung und Hass führen.

Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“: Vielfalt erleben

Das Netzwerk hilft den Schüler*innen, sich auszutauschen und bei Treffen mit anderen Schulen Vielfalt zu erleben. Man könne von Erfahrungen anderer profitieren, über den eigenen Tellerrand schauen, sieht Samir Bouajaja Vorteile durch das Netzwerk.

Schulen, die sich für mehr Vielfalt engagieren wollen, rät er, sich zunächst Gedanken zu machen, was für eine Schule sie sein wollen. Dann sei zu klären, wie das organisiert und implementiert werden kann. Aber: Vielfalt geht nicht ohne Individualität. „Schulen kennen ihre Schüler*innen. Sie wissen, was sie brauchen“,

plädiert Martin Süsterhenn für maßgeschneiderte Konzepte, auch für eine entsprechende Auswahl bei den Bewerbungen der Lehrkräfte. Es muss halt alles passen. Menschlich, fachlich und organisatorisch. „Verantwortlichkeit“ ist das Stichwort für Samir Bouajaja. Mit einem Koordinator habe man in der Schule einen Ansprechpartner, gebe dem Projekt ein Gesicht und hebe die Bedeutung hervor.

Vielfalt und Identifikation mit dem Schulprogramm werden an der Katharina-Henoth-Gesamtschule sehr deutlich sichtbar. Viele Schüler*innen und Lehrkräfte tragen Armbänder. Die Farben: vielfältig und bunt wie die Schule selbst. //



Netzwerk: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

www.schule-ohne-rassismus.org



Katharina-Henoth-Gesamtschule Köln

www.igs-kathi.de



Sigrid Liebe: Kulturelle und familiäre Vielfalt in der Kita

www.tinyurl.com/vielfalt-kita



Frauke Rütter: GEW NRW fördert Antirassismusbearbeitung

www.tinyurl.com/antirassismusbearbeitung



Rüdiger Kahlke
freier Journalist

Öffentlich-rechtliche Medien in der Verantwortung

„Vielfalt ist ein Teil des Bildungsauftrags!“

„Vielfalt bereichert.“ Mit diesem Motto bekennt sich die GEW NRW auf ihrem Gewerkschaftstag 2019 zu einer bunten, offenen Gesellschaft. Warum diese Vielfalt auch im Programm öffentlich-rechtlicher Sender zu finden sein sollte, erklärt Medienwissenschaftlerin Dr. Christine Horz von der Ruhr-Universität Bochum.

Frage: Frau Horz, Vielfalt in öffentlich-rechtlichen Medien ist eines ihrer Forschungsgebiete. Wie bewerten Sie das Programm des WDR?

Dr. Christine Horz: In der Riege der insgesamt elf öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland gehört der WDR in Sachen kulturelle Vielfalt sicher zu den Vorreitern. Bereits im Jahr 2003 richtete der WDR die Stelle einer*s Integrationsbeauftragten ein. Derzeit wird die Position von Iva Krtalic bekleidet.

Der WDR versucht momentan durch konzentrierte Maßnahmen in seinem Medienangebot sowie innerhalb des Senders die Vielfalt der Bevölkerung in NRW abzubilden. Erstens in Form einer verbesserten Repräsentation der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte im Programm und in den Ausspielwegen. Zweitens durch Talententwicklung, um die Zahl der Journalist*innen mit Migrationsgeschichte langfristig zu erhöhen. Drittens durch Inhouseworkshops und Fortbildungen für Mitarbeitende. Viertens durch Monitoring der Programme und der Internetformate.

Das klingt zunächst sehr innovativ. Bei näherer Betrachtung lässt sich aber durchaus Verbesserungspotenzial entdecken. So soll die Repräsentation der Geflüchteten beispielsweise mit dem Onlineformat „WDRforyou“ gefördert werden. Themen und Inhalte bieten Geflüchteten Orientierung und Information, weshalb sie in ihren Herkunftssprachen Arabisch, Farsi

beziehungsweise Persisch, Englisch und Deutsch adressiert werden. Der WDR wird damit seinem Auftrag, die gesamte Bevölkerung zu erreichen, gerecht. Aus Sicht der transkulturellen Medienkommunikation stellen sich folgende Fragen: Inwieweit haben diese Zielgruppenangebote das Potenzial, Migrant*innen aus der medialen Nische zu holen? Oder schreibt sich dadurch nur fort, was mit den sogenannten Gastarbeitersendungen in den 1960er-Jahren begonnen wurde?

Frage: Hat die Forschung darauf schon Antworten gefunden?

Unter anderem konnte ich mit meinen Untersuchungen zur Medienbeteiligung von Einwander*innen ganz klar zeigen, dass Migrant*innen wesentlich stärker als Akteure in den Medien auftreten sollten. Prinzipiell weist die Talententwicklung im Projekt „WDR Grenzenlos“ in die richtige Richtung, damit Menschen mit Migrationsgeschichte sich mittel- bis langfristig auch im Hauptprogramm besser wiederfinden. Junge Talente aus eingewanderten Familien werden alle zwei Jahre gecastet. Die Auserwählten werden für die mediale Arbeit professionalisiert. Punktuell gelang einigen Absolvent*innen anschließend der Sprung ins Volontariat, einige arbeiten als freie Autor*innen oder Moderator*innen. Außerdem gibt es ein Alumninetzwerk, sodass Verbesserungsbedarfe



*Dr. Christine Horz, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Medienforschung der Ruhr-Universität Bochum.
Foto: privat*

ermittelt werden können. So konnte der WDR zumindest die Anzahl der Volontär*innen mit Zuwanderungsgeschichte steigern. Insgesamt entspricht die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund jedoch nicht annähernd dem Anteil in der Bevölkerung in NRW. Wann dieses Ziel erreicht sein wird, lässt sich schwer sagen.

Eine weitere Schwierigkeit ist nämlich der Mangel an verlässlichen Daten. Eine europaweit vergleichende Studie kam 1999 zu dem Schluss, dass der WDR etwa drei Prozent ausländische Menschen beschäftigt, die meisten davon kamen aus Europa. Der Autor Miltiadis Oulios kommt in einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2010 zu dem Schluss, dass im WDR 20 Prozent der Volontär*innen einen Migrationshintergrund haben. Über die Gesamtzahl der Journalist*innen konnte der WDR mangels Zahlen keine Auskunft geben. Insgesamt geht die Forschung im Schnitt von maximal zwei bis drei Prozent Journalist*innen mit Migrationsgeschichte aus, in der Presse etwas weniger, im Fernsehen etwas mehr. Aber nicht nur in den

Medien herrscht häufig die Vorstellung vor, kulturelle Vielfalt sei eher eine Ausnahme als ein Bestandteil dieser Gesellschaft.

Gibt es gesellschaftliche Themen, die über- oder unterrepräsentiert sind?

Vielfalt wird im WDR vorwiegend als kulturelle und sogenannte ethnische Vielfalt verstanden. Das ist wichtig, weil Einwander*innen medial entweder nicht oder überwiegend negativ repräsentiert sind. Untersuchungen aus den vergangenen Jahren konnten belegen, dass vor allem in Polittalkshows des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie in der WDR-Produktion „Hart aber fair“ Migrations-themen mit negativem Fokus wie Gewalt und Konflikt stark über- und Themen wie Rechtsterror stark unterrepräsentiert sind. Zudem machen kommunikationswissenschaftliche Studien darauf aufmerksam, dass Themen wie Flucht mit einem negativen Deutungsrahmen präsentiert werden. Es kommt also nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität der medialen Repräsentation an. Sich kreuzende Aspekte von Diskriminierung wie die Geschlechterfrage im Migrationsdiskurs sind ebenfalls unterrepräsentiert, ebenso die Medienbeteiligung der Muslimas und Muslime.

Wenn die Themen so unterschiedlich behandelt werden, wirkt sich das auf den Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender aus?

Ja unbedingt, Vielfalt ist ein integraler Teil des öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrags! Zunächst sind öffentlich-rechtliche Medien beauftragt, die Allgemeinheit mit Bildung, Information, Kultur und Unterhaltung zu versorgen. Sie müssen also auch Minderheiten und deren Interessen im Programm widerspiegeln. Des

Weiteren sorgt Vielfalt in den Redaktionen für Pluralismus der Perspektiven. Die Abbildung der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt hängt folglich unmittelbar mit Medien- und Meinungspluralismus zusammen. Und diese sind Kernelemente unserer Verfassung und unserer Demokratie.

Ein Manko ist das fehlende Gesamtkonzept für Diversität in öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern, wobei der WDR hier schon weiter ist als die übrigen zehn Anstalten. Dazu gehören ineinandergreifende Maßnahmen, die unter anderem festlegen, wie und in welchem Zeitraum welche Ziele erreicht werden. Auch nachhaltige Ideen der Vernetzung in Fragen der Vielfaltsentwicklung unter den unterschiedlichen Sendeanstalten sind nicht ersichtlich.

Wann sind aus Ihrer Sicht die Grenzen von Vielfalt erreicht?

Grenzen von Vielfalt? Die sehe ich nicht und möchte sie mir auch nicht vorstellen. Eher sehe ich Grenzen der politischen Fantasie und Ideen, der Finanzmittel und der Offenheit von Teilen der Mehrheitsgesellschaft sowie von Teilen der Minderheiten, ein kulturell diverses und prosperierendes Miteinander zu schaffen. Schließlich wird sich die Gesellschaft in vielfacher Hinsicht weiter vervielfältigen, Stichwort Superdiversität – ob einige Teile der Gesellschaft das nun befürworten oder nicht. Hier übernehmen Medien wichtige Aufgaben innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung.

Welche Funktionen haben Medien in diesem Zusammenhang genau?

Medien, zumal die öffentlich-rechtlichen, stellen Informationen bereit und gestalten die

gesellschaftliche Kommunikation maßgeblich mit. Dabei sind sie nicht nur Beobachter, sondern auch Akteure, beispielsweise wenn es um die Wahrnehmung von Minderheiten geht. Sie liefern Deutungsmuster, also Interpretationsangebote, wie Vielfalt wahrgenommen wird. Deshalb sollten sich Journalist*innen ihrer großen Verantwortung bewusst sein. Öffentlich-rechtliche Medien müssen die Vielfaltsentwicklung vorantreiben. Noch genießen sie als Institutionen und mit ihren Inhalten hohes Ansehen in der Bevölkerung. Zudem haben sie den Auftrag, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Damit das so bleibt, sollten sie sich unbedingt öffnen und ihr vielfältiges Publikum stärker in Entscheidungsprozesse einbinden.

Die transkulturelle Medien- und Kommunikationswissenschaft macht schon seit Jahren darauf aufmerksam, dass die Sender wesentlich mehr Energie in die Entwicklung neuer Zuschauer*innengruppen stecken sollten. Dazu gehört auch, dass sich Politik und Medien von einem überholten theoretischen Integrationsparadigma und von einem etwas zu einfachen Schema der Wirkung von Medienpolitiken und -inhalten verabschieden sollten, was letztlich dazu führen kann, dass Teilhabe nur schleppend vorankommt. //

Die Fragen stellte Jessica Küppers.



Britta Frielingsdorf: Vielfalt als öffentlicher Bildungsauftrag

www.tinyurl.com/vielfalt-bildungsauftrag



GEW NRW: Themenseite „Gewerkschaftstag 2019“

www.gew-nrw.de/gewerkschaftstag-2019



Schulische Inklusion

Rechtschreibung will gelernt sein

Wer nicht richtig schreiben kann, hat in der gesamten Bildungsbiografie mit Vorurteilen zu kämpfen. Doch nur selten steckt hinter den Fehlern eine echte Lese-Rechtschreib-Störung. In vielen Fällen kommt es vielmehr auf gezielte Förderung und ein gutes Zusammenspiel von Familie und Lehrkräften an, damit Inklusion beim Schriftspracherwerb gelingen kann.

Lehrkräfte unterliegen Differenzierungs- und Selektionswidersprüchen: Sie sollen die Kinder und Heranwachsenden einerseits in ihrer Individualität wahrnehmen und fördern; andererseits gilt es, ihre Leistung zu bewerten und damit die Allokationsfunktion von Schule wahrzunehmen, das heißt den Schulabgänger*innen je nach Leistung Anwartschaften auf soziale Positionen zu eröffnen. Die Leistungsgerechtigkeit – so könnte man vermuten – entspricht der Verteilungsgerechtigkeit.

Wie ist das aber, wenn Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen die Schule betreten? Wenn diese unterschiedlichen Voraussetzungen durch Schule nicht kompensiert, sondern noch vertieft werden? Wie steht es dann mit der Bildungsgerechtigkeit, wie mit der Inklusion?

Unterschiedliche Startbedingungen

Der Schriftspracherwerb ist eines der fundamentalen Vorhaben gleich zu Beginn der Schulzeit. Er hat wesentlichen Anteil an allen bildenden Prozessen. Den meisten gelingt dieses Vorhaben im Laufe ihrer Schulzeit, aber zunehmend mehr Kinder entwickeln Probleme mit den Kulturtechniken Rechtschreiben und Lesen. Auch hier spiegeln sich die ungleichen Eingangsvoraussetzungen wider. So sind zum Beispiel je nach Verfügbarkeit kulturellen Kapitals in den Familien, also der lese- und

schreibfreudigen Umgebung, die Kinder vor der Schule bereits unterschiedlich mit Sprache und Schrift in Berührung gekommen. Einem geringen Prozentsatz der Kinder – man spricht von fünf bis acht Prozent – gelingt aufgrund noch nicht gänzlich geklärter neurologischer Störungen das einwandfreie Schreiben- und Lesen-Lernen nicht. Gleichzeitig wird der Rechtschreibung in Deutschland nach wie vor hohe Bedeutung beigemessen.

Rechtschreibung als Selektionsinstrument

Anstelle einer sorgfältigen Analyse der Bedingungen, die zu den Fehlleistungen führen, sehen sich Lehrkräfte in der (vermeintlichen) Pflicht, schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Rechtschreibleistung zu benoten. Damit wird Rechtschreibung vorrangig als Selektionsinstrument genutzt. Es fehlen Zeit und Strukturen für eine diagnosebasierte Förderung. Rechtschreiblernde erhalten gerade in den weiterführenden Schulen selten bis nie individuelle professionelle Hilfestellung bei ihren Problemen. Gleichzeitig werden ihre Leistungen wegen fehlerhafter Rechtschreibung abgewertet. Wenn Rechtschreibförderung stattfindet, wird sie leider zu oft nach dem Gießkannenprinzip verteilt, entsprechende Effekte bleiben so natürlich aus. Dabei geben die Erkenntnisse der modernen

Graphematik, die die Forscher Hartmut Günther, Utz Maas und Peter Eisenberg untersucht haben, Anhaltspunkte für eine sinnvolle Intervention.

Darüber hinaus problematisch: Die Lesekompetenz in deutschen Schulen steht längst nicht so im Fokus wie die Rechtschreibung – anders in den angelsächsischen Ländern. Dabei bezieht die Rechtschreibung ihre Daseinsberechtigung aus der Lesenützlichkeits; Lesen ist die Schlüsselkompetenz für Schul- und Bildungserfolg. Mangelnde sprachdidaktische Expertise sowie fehlendes Wissen um die Ursachen für Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten und -Störungen führen dazu, dass Lehrende sich hilflos, nicht selten allein gelassen fühlen und die Rechtschreibprobleme ihrer Schüler*innen fehldeuten.

Rechtschreibung als Barriere

In dieser Situation kommt es immer häufiger zu einer Pathologisierung von Schüler*innen mit Lese-Rechtschreib-Schwierigkeit (LRS): Sie haben also LRS, wie man eine Krankheit hat; Rechtschreibung wird zur Barriere. In einigen Fällen wird ein Verfahren entsprechend der Ausbildungsordnung Sonderpädagogische Förderung eingeleitet, um institutionelle Ressourcen lockerzumachen, was Stigmatisierungsprozesse für die betroffenen Kinder zur Folge hat. Nicht selten sind es die Familien selbst, die an dieser Entwicklung beteiligt sind – sie erhoffen sich Entlastung von zeitlichem und von Notendruck und in der Folge eine leistungslogisch unbeschadete Schulkarriere für ihr Kind. Anstelle von Arbeitsbündnissen zwischen Schule und Elternhaus werden also inflationär klinische Diagnosen eingefordert, die das Kind hinsicht-

lich der Kulturtechniken als zukunftsuntauglich deklarieren, und damit innerhalb schulischer Strukturen Nachteilsausgleiche eingeklagt. So erzeugt das derzeitige Konzept von Inklusion seine eigenen Klient*innen. Bildungsgerechtigkeit im Sinne von Leistungsgerechtigkeit gleich Verteilungsgerechtigkeit funktioniert nur, wenn Minderleister*innen als solche markiert und damit stigmatisiert werden, wie hier durch klinische Gutachten. Das gängige Konzept von Schule widerspricht also in seinen inneren Strukturen bereits dem Konzept von Inklusion.

Legasthenie oder erworbene LRS?

Nur bei sehr wenigen in Schule auffälligen Rechtschreiber*innen kann von einer Lese-Rechtschreib-Störung (früher: Legasthenie) im Sinne der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme der Weltgesundheitsorganisation (ICD-10) gesprochen werden. In den weitaus meisten Fällen handelt es sich um erworbene LRS – durch bildungsferne Elternhäuser, didaktogene Fehler im Schriftsprachunterricht sowie als Folgeerscheinungen anderer Störungen oder Krankheiten. Sie sind als Entwicklungsverzögerung zu betrachten und könnten durch entsprechende Förderung oder Behandlung der Ursachen kompensiert werden. Zuallererst müsste der diagnostische Blick der Lehrkräfte, vor allem der Deutschlehrkräfte, geschärft werden.

Was macht der Umgang mit LRS mit den betroffenen Kindern und Heranwachsenden? Untersuchungen zeigen, dass diese Entwicklung nachhaltige Folgen für sie nach sich ziehen: Es gelingt ihnen auch als Erwachsene nicht, sich als ernstzunehmende Teilnehmer*innen einer kulturellen Gemeinschaft (cultural peers) zu

fühlen, ihr Selbstkonzept ist beschädigt und es kommt zum Gefühl mangelnder Autonomie und fehlender Selbstwirksamkeit. In der Tat fühlen sie sich ihr Leben lang als behindert im Sinne einer „Minus-Variante menschlicher Existenzformen“, wie es Erziehungswissenschaftler Dieter Katzenbach in seiner Veröffentlichung „Qualitative Forschungsmethoden in der Sonderpädagogik“ beschreibt.

Drei strukturelle Ebenen der Rechtschreibförderung

Um dieser Stigmatisierung vorzubeugen, ist eine eindimensionale Perspektive auf das Geschehen nicht ausreichend. Vielmehr müssen drei strukturelle Ebenen in den Blick genommen werden. Auf einer makrostrukturellen Ebene ist eine geänderte Sicht auf die Rechtschreibung angezeigt: Ihre Regularitäten dienen der Leseerleichterung. Gegenüber dem vielfach behaupteten Chaos deutscher Rechtschreibung weist sie eine hoch regelhafte Struktur auf – diese Normierung dient dem schnellen Lesen und sollte nicht zu Selektionszwecken missbraucht werden. Die sprachdidaktische Expertise gewährt Lehrkräften Einsicht in die Schriftarchitektur des Deutschen und befähigt sie, diagnosebasiert zu fördern. Zum anderen hilft sie, solche Kinder zu erkennen, die in der Tat massive, womöglich neurologisch fundierte Störungen im Schriftspracherwerb haben.

Damit ist die mesostrukturelle Ebene tangiert: „Die Vorstellung von Bildung als knappem Gut“ – ein Begriff, den der Wissenschaftliche Leiter des Oberstufen-Kollegs Martin Heinrich 2015 in einer kritischen Auseinandersetzung mit der schulischen Inklusion verwendet – verfehlt eine Bildungsbegegnung, die die Lehrkraft das Kind

beziehungsweise den Heranwachsenden als Einzelfall in den Blick nehmen lässt. Sie führt zu selektiven Prozessen, als deren Instrument Rechtschreibung parasitär genutzt wird – anstatt ihre hochgradige Strukturiertheit aufzusuchen und sie – ermutigend – in ihrer Regularität lehr- und lernbar zu machen. Lehrkräfte sollten in den Schulen Strukturen vorfinden, die dem Lehren und nicht dem Benoten der Kulturtechniken Priorität einräumen. Dazu gehören neben der angesprochenen sprachdidaktischen, von den Lehrkräften einzubringenden linguistischen Expertise Möglichkeiten des Teamteachings, finanzielle Ressourcen für die Anschaffung entsprechenden Materials und Organisation eines Schulalltags, in dem eine Begegnung von Lehrenden und Lernenden so ermöglicht wird, dass Arbeitsbündnisse entstehen.

Erst dann gelingt es auf der Mikroebene schließlich, dass auch Kinder mit LRS als entwicklungsfähig und zukunfts offen und nicht in der „Sonderrolle der Invalidität“ wahrgenommen werden, wie es der Soziologe Ulrich Oevermann zum Integrationsverlust des Individuums erklärt. Dann hätten wir Inklusion in den Schulen. //



Dr. Susanne Wilckens: Lese-Rechtschreib-Störung und Bildungsbiografie
www.tinyurl.com/leseprobe-wilckens

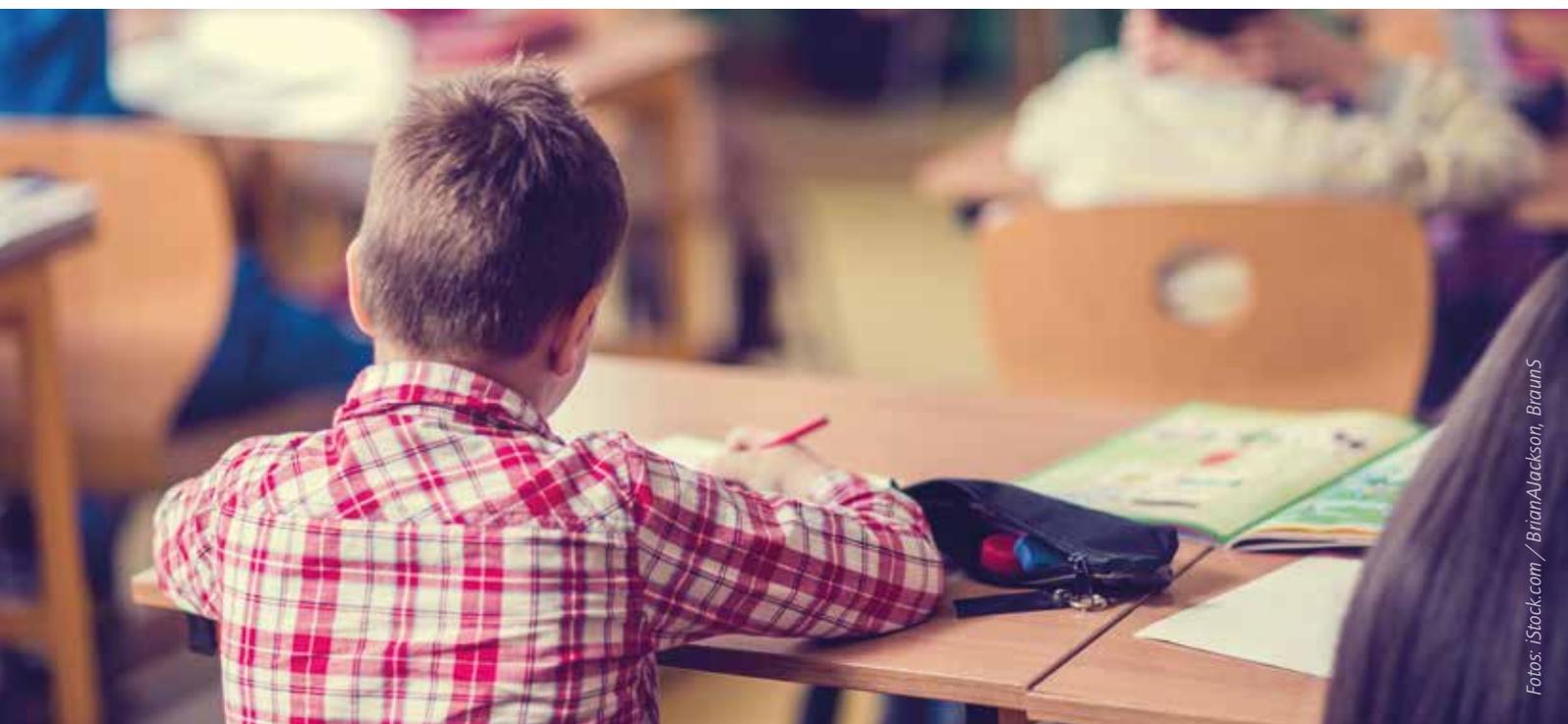


GEW NRW: Themenseite „Inklusion“
www.gew-nrw.de/inklusion



Dr. Susanne Wilckens

Einzelfall-Fachberaterin für LRS in der Bezirksregierung Düsseldorf, Deutsch- und Philosophielehrerin am Amplonius-Gymnasium in Rheinberg



Strategiespiel: Civil Powker

Globale Konflikte zivilgesellschaftlich lösen



Bundeswehr und Schule? Das passt nicht zusammen. Ebenso wenig wie Jugendoffizier*innen mit ihrem Planspiel POL&IS einen Platz im Unterricht haben sollten. Eine zivilgesellschaftliche Alternative dazu hat Spieleentwickler Karl-Heinz Bittl mit seinem Team entworfen: Civil Powker. Wie das Spiel zur konstruktiven Konfliktbearbeitung genau funktioniert und welche Erfahrung er damit in Schulen gesammelt hat, erklärt er im Interview mit der nds.

nds: Civil Powker ist ein Strategiespiel für Schüler*innen ab 14 Jahren. Worum geht es genau?

Karl-Heinz Bittl: Bei Civil Powker durchspielen Schüler*innen ihre Handlungsmöglichkeiten in Deutschland anlässlich eines konkreten, irgendwo in der Welt ausbrechenden Konflikts. Dafür schlüpfen die jungen Menschen ab 14 Jahren in individuelle Rollen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik, gestalten diese aus, beschäftigen sich mit ihren verschiedenen Interessen und Werten, lernen Verflechtungen kennen und erleben Einflussmöglichkeiten. Ziel des eintägig konzipierten Planspiels ist es, die existierenden Handlungsspielräume in Deutschland, vor allem im zivilgesellschaftlichen, aber auch im wirtschaftlichen und parteipolitischen Bereich, aufzuzeigen und erfahrbar zu machen. Das Spektrum und die Anzahl der Handlungsoptionen, mit denen gepokert wird, sind so breit wie hoch: Die Zivilgesellschaft kann beispielsweise Großdemonstrationen organisieren, mit der Bevölkerung im Konfliktland über das Internet

Kontakt aufnehmen oder Friedensfachkräfte entsenden. Allerdings kann sie auch ihren Alltag fortsetzen oder sich für eine Verschärfung des Asylrechts einsetzen.

Wäre es auch möglich, zu einem militärischen NATO-Eingriff beizutragen?

Ja, Politiker*innen können in dem Spiel nicht nur in Friedensvermittlungen diplomatisch aktiv werden oder Waffenexporte verbieten, sondern auch einen militärischen NATO-Eingriff unterstützen. Die Gruppe der Unternehmer*innen hat sowohl die Möglichkeit, Kapitalanlagen einfrieren zu lassen, als auch Waffenlieferungen an oppositionelle Kräfte zu starten. Vieles kann nur mit Hilfe der Zustimmung beziehungsweise Unterstützung der anderen Gruppen umgesetzt werden. Deshalb diskutieren die Jugendlichen im Spiel und feilschen wahlweise um die Civil-, Policy- oder Economy-Power-Punkte der anderen.

Es gibt drei unterschiedliche Interessengruppen. Welche Rollen können die Schüler*innen einnehmen?

Das besondere an unserem Spiel sind die nicht eindeutig definierten Rollen. Wir haben für alle 30 Spieler*innen ein grobes Rollenprofil entwickelt. Die Schüler*innen bearbeiten aber diese Rollen nach ihrem eigenen Geschmack oder vielleicht auch nach ihren Vorurteilen. Es gibt zehn Rollen aus dem Bereich der Unternehmen, zehn aus dem Parlament und zehn aus der Zivilgesellschaft. Jede Rolle hat ein bestimmtes Kapital zur Verfügung und eben die grobe – noch unfertige – Rollenbeschreibung. So kann es zum Beispiel geschehen, dass die*der Rüstungsunternehmer*in gerade eine persönliche Krise hat und plötzlich den Job aufgeben will. Die*der Schüler*in kann bei der Klimabewegung Fridays for Future mitmachen oder sogar in eine rechte Gruppe wechseln. Das ist alles offen und macht auch den Reiz des Spiels aus. Wir als Entwickler*innen wissen vorher nie, wie die Rollen besetzt werden und wie sich das Spiel entwickeln wird.

Wenn auch militärische Maßnahmen möglich sind: Wie grenzt sich Civil Powker von dem Planspiel POL&IS ab, das die Jugendoffizier*innen der Bundeswehr für Schulklassen anbieten?

Bei uns geht es um die zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten. Wir spielen keine NATO-Strateg*innen, General*innen oder irgendwelche Kanzler*innen. Wir sind in Deutschland und

überlegen, was von hier aus unternommen werden kann. Die Schüler*innen machen sich intensiv Gedanken über die zivilgesellschaftlichen Handlungsfelder, wenn sich in irgendeinem Land – zum Beispiel in Libyen, Kongo, Togo, Türkei, Österreich, Katalonien oder woanders – Konflikte anbahnen. Teilnehmende sind immer wieder verwundert, wie viele Möglichkeiten der Mitwirkung in Deutschland existieren. Wir werden in den nächsten zwei Jahren auch noch ein weiteres Spiel entwickeln, bei dem es um die innergesellschaftlichen Konflikte gehen wird.

Wie sind Sie denn überhaupt auf die Idee gekommen, ein Spiel zu globalen Konflikten zu entwickeln?

Die Idee und der Elan, ein derartiges Planspiel zu konzipieren, stammt von mir. Ich bin einer der beiden Gründer des sogenannten ATCC-Ansatzes zur konstruktiven Konfliktbearbeitung. ATCC kürzt die französische Bezeichnung „l'approche et transformation constructives des conflits“ ab. Für mich war es wichtig, junge Menschen für die demokratischen und zivilen Möglichkeiten einer Konfliktbearbeitung zu gewinnen. Die Idee wurde dann schnell ein Projekt, das bis heute in der Trägerschaft des Fränkischen Bildungswerks für Friedensarbeit e.V. und des Friedenskreises Halle e.V. liegt. Das dreiköpfige Entwicklungsteam bestand aus Elli Mack und Sandra Bauske, beide Trainerinnen des ATCC-Ansatzes, und mir. Wir haben Ende 2011 mit

einer Ideensammlung begonnen. Es folgte ein Jahr, in dem die Spielidee erarbeitet, geprüft, verworfen, abgewandelt, wieder aufgenommen, verfeinert und reformuliert wurde. Im Mai 2012 fand in Halle an der Saale ein erster Testlauf mit erwachsenen Friedenspädagog*innen sowie Friedensaktivist*innen statt. Darauf folgte eine zweite Überarbeitungsphase und es gab erste Durchführungen mit Schulklassen in Nürnberg und Halle an der Saale. In einer nochmals überarbeiteten Variante wurde das Spiel 2014 fertiggestellt. Mitgeholfen haben auch professionelle Spieleentwickler*innen, denn die mathematische Herausforderung, ein richtiges und spieletaugliches Verhältnis bei den Punkten zu erreichen, war nicht einfach. Damals war das Bildmaterial durch den Arabischen Frühling und die Widerstände in anderen Ländern geprägt. Das Szenario wird regelmäßig überarbeitet und an die aktuellen Konflikte angepasst.

Welche Erfahrungen haben Sie bisher in der Praxis gesammelt? Wie kommt das Spiel bei den Schüler*innen und Lehrkräften an?

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich gerne einen Dialog zitieren, den ich in der Aushandlungsrunde einer 11. Jahrgangsstufe gehört habe: „Wir von der Zivilgesellschaft bieten euch von der Wirtschaft zwei Civil-Power-Punkte, wenn ihr unser Projekt zur Informationsbeschaffung aus dem Krisenland mit zwei Economy-Power-Punkten unterstützt.“ Die

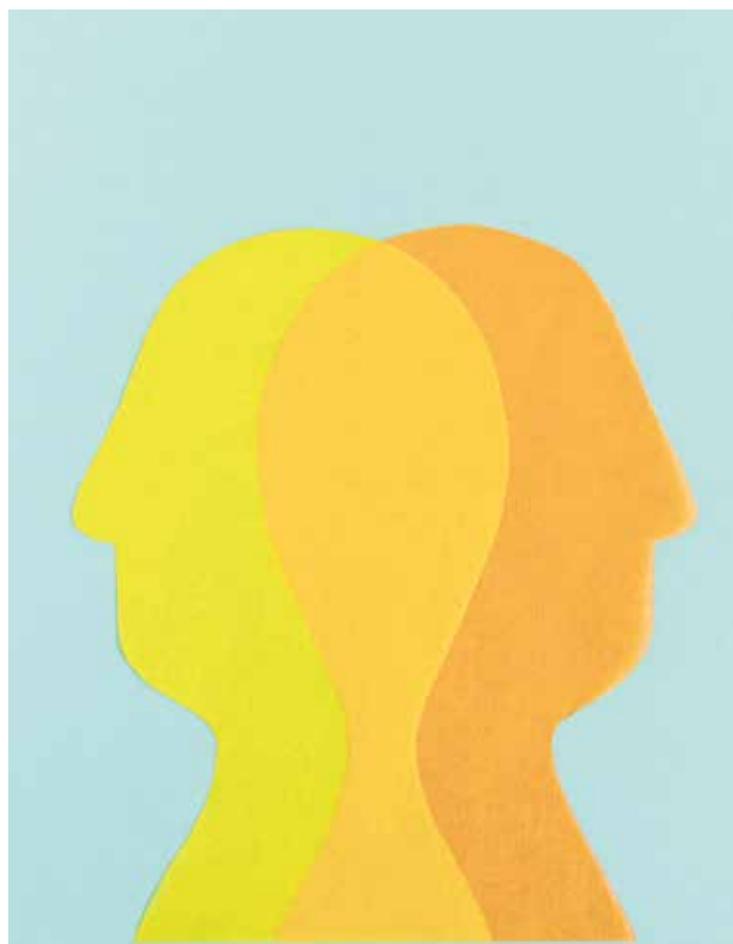
Wirtschaftsvertreter*innen antworteten: „Wozu sollten wir euch unterstützen? Wir möchten eigentlich den Menschen in den Flüchtlingslagern helfen. Dafür brauchen wir eure Civil-Power-Punkte. Doch für uns ist es gefährlich, wenn herauskommt, in was die deutsche Industrie und Regierung verflochten sind, deswegen keine Economy-Power-Punkte!“ Die Zivilgesellschaft reagierte darauf mit Empörung: „Das könnt Ihr doch nicht machen! Dann werden wir euch boykottieren. Dafür haben wir die Power.“ Daran erkennt man, dass die Teilnehmer*innen meistens tief in das Spiel eintauchen und überrascht sind, wie schnell die Zeit vergangen ist.

Unterschiedlich sind aber die Strategien, die sie wählen. Manche sind voll auf einer friedlichen und werteorientierten Linie und versuchen alles, um den Konflikt in dem Land zu deeskalieren. Das andere Extrem ist die absolute interessensorientierte Handlungsstrategie, die in der Regel zur Eskalation des Konflikts in dem Land führt. Dazwischen sind recht viele spannende Varianten.

Für die Spielleitung haben wir im Bundesgebiet und in Südtirol mehr als 100 Trainer*innen ausgebildet. Das Spiel können nur ausgebildete Civil-Power-Trainer*innen durchführen.

Wie können Lehrkräfte also das Spiel in ihrem Unterricht einsetzen?

Die Lehrkräfte, die es buchen, setzen es im Bereich Demokratieentwicklung, politische Bil-



derung oder auch im Religionsunterricht ein. Es dauert sechs Zeitstunden und muss von einem unserer ausgebildeten Trainer*innen durchgeführt werden. Die Kontakte vermitteln wir gerne, falls sie nicht schon vor Ort bekannt sind.

Neben Civil Powker habe ich noch Civil Word entwickelt. Das Brettspiel ist für Schüler*innen ab der Mittelstufe gedacht, kann aber auch bis ins hohe Alter gespielt werden. Es dauert mindestens zwei Schulstunden und kann im Anschluss mit dem Material vertieft werden. Civil World stellt eine Situation in einer Kleinstadt nach und die maximal neun Spielakteur*innen werden mit einer gesellschaftlichen Herausforderung konfrontiert, die sie mit Glück und Geschick auf lokaler Ebene angehen können. In Klassen werden drei Spielsätze eingesetzt und die Gruppe, die als erste das Ziel einer lebendigen, demokratischen Gesellschaft erreicht hat, erhält eine kleine Broschüre zum alltäglichen zivilen Handeln. // *Die Fragen stellte Jessica Küppers.*



Strategiespiel „Civil Powker“
www.civilpowker.de



Berthold Paschert: Welchen Effekt hat Bundeswehr in Schule?
www.tinyurl.com/bundeswehr-debatte



GEW NRW: Themenseite „Friedenspolitik“
www.gew-nrw.de/friedenspolitik

Keine Minderjährigen in der Bundeswehr

Unter 18 nie!

Die Bundeswehr rekrutiert immer noch unter 18-Jährige für den Dienst. Gegen dieses Vorgehen hat sich nun eine Kampagne mit Unterstützung der GEW gegründet: „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“.

Die Bundeswehr hat ihren Etat für Nachwuchswerbung in den letzten Jahren auf 35,2 Millionen Euro gesteigert. Die Jugendoffizier*innen und Karriereberater*innen erreichen im Jahr weit mehr als 200.000 junge Menschen, größtenteils an Schulen. Als Folge dieser massiven Werbung nehmen zusehends Minderjährige eine Ausbildung bei der Armee auf. Seit 2011 waren es 11.500 Auszubildende. Damit steht Deutschland im Abseits. Nur eine kleine Minderheit von UN-Staaten rekrutiert immer noch junge Menschen unter 18 Jahren.

Kampagne gegen Bundeswehrwerbung

Um diese Praxis zu beenden, hat sich eine neue Kampagne gegründet: „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“. Die bislang 13 Mitgliedsorganisationen – darunter auch die GEW NRW und der Hauptvorstand der GEW – wollen den internationalen „18-Jahres-Standard“ auch in Deutschland durchsetzen und engagieren sich für ein Verbot von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen. Die GEW hat sich der Kampagne aus politischen, pädagogischen und kinderrechtlichen Gründen angeschlossen: Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Der Soldat*innenberuf und die Ausbildung an der Waffe sind mit Gefahren verbunden. Kriegseinsätze sind gesellschaftlich umstritten. Darüber gilt es junge Menschen ausgewogen zu informieren. Das ist Teil der

Berufsorientierung und politischen Bildung an Schulen, die prinzipiell in die Hände der dafür ausgebildeten Lehrkräfte gehört.

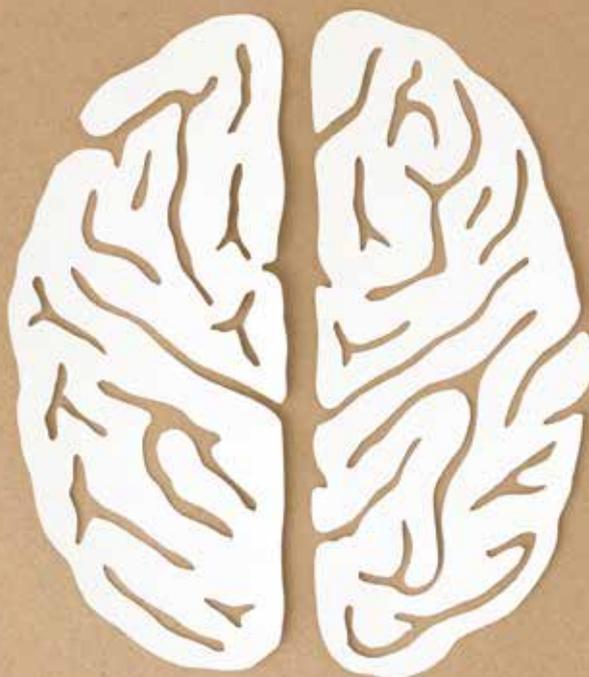
Weitreichende Konsequenzen

Schüler*innen sind größtenteils noch unter 18 Jahre alt. Die Konsequenzen, die eine Ausbildung bei der Bundeswehr für sie und ihr weiteres Leben haben wird, können sie noch gar nicht in vollem Umfang abschätzen: Wer sich einmal bei der Bundeswehr verpflichtet hat, kann nicht einfach kündigen. Soldat*innen, die nicht mehr für die Bundeswehr tätig sein möchten, müssen den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigern und mit hohen Rückzahlungen für die bereits in Anspruch genommenen Ausbildungen rechnen. Dabei sind einige Ausbildungen in der Bundeswehr häufig nicht auf das zivile Berufsfeld übertragbar und somit kein Garant dafür, später einen Job zu finden.

Ausbildung zwingt zum Verzicht auf Rechte

Soldat*innen verzichten auf wesentliche Grundrechte wie das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und Leben. Bürgerrechte wie die freie Meinungsäußerung und Willensbildung sind eingeschränkt. Eine Gehorsamsverweigerung wird bestraft. Die Bundeswehr gibt selbst zu, dass die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes bei der Ausbildung minderjähriger Soldat*innen gar nicht eingehalten werden können. **Mehr unter www.unter18nie.de**

Martina Schmerr, Referentin im Organisationsbereich Schule der GEW / kue



Deine Stimme zählt!



Wählen

Für echte Gemeinschaft
in Europa

Studieren

Auslandssemester
in Europa

Lehren

Schule und Job
in Europa

Was geht in Europa?

☞☞ Für mich ist die europäische Idee im emphatischen Sinne die Idee einer säkularen, transnationalen, multi-religiösen und multiethischen Willensgemeinschaft, der die Universalität innewohnt. ☞☞

Gita Fasli
arbeitet im Hochschulinformationsbüro in Paderborn.

„Europa bedeutet für mich Frieden statt Krieg, Freiheit statt Grenzen, Zusammenhalt statt Vereinzelung. Europa ist eine einmalige Idee, die wir mehr denn je gegen rechtspopulistische und nationalistische Bewegungen verteidigen müssen!“

Julia Lühr
ist Jugendbildungsreferentin der GEW NRW.

Europa braucht ein zukunftsfähiges Bildungssystem, das soziale Unterschiede auflöst, anstatt sie zu verstetigen: europäische Schulen, europäische Universitäten – aber ohne Wirtschaftsinteressen, die in Beiräten vertreten sind.

Marcus Boxler
ist Mitglied der jungen GEW NRW.

pluspunkt

DGB NRW: Europa besser machen
www.tinyurl.com/dgb-nrw-europa-besser

DGB NRW: So profitieren Beschäftigte von Europa
www.tinyurl.com/dgb-nrw-beschaeftigte-europa

„Meine Generation hat das Glück, in einem geeinten Europa groß geworden zu sein, mit offenen Grenzen, einem stabilen Frieden und internationalen Austauschprogrammen. Gerade wir als junge Menschen müssen uns immer wieder bewusst machen, dass die Errungenschaften der EU keine Selbstverständlichkeiten, sondern über Jahrzehnte hart erarbeitete Privilegien sind.“

Carina Peckmann
arbeitet im Hochschulinformationsbüro Bonn.

„Europa bedeutet für mich mehr als offene Grenzen. Ich träume von einer europäischen Vision: vielfältig, demokratisch, solidarisch!“

Lenny Liebig
arbeitet im Hochschulinformationsbüro Münster.

☞☞ Wir müssen in Zukunft besser vermitteln, wofür Europa eigentlich da ist. Es ist nicht zuletzt ein Friedensprojekt und als solches in der aktuellen politischen Situation wichtiger denn je. ☞☞

Dorothea Schäfer
ist Vorsitzende der GEW NRW.

Europa fühlen und wählen!

Junge Leute interessieren sich nicht für Europa?
Sie haben nur eine völlig andere Vorstellung
davon, meint unser Autor René Sydow. Wie Europa
wieder einen Sinn bekommt – ein Kommentar.



Foto: iStock.com / Zbyszek Pospisil

Europa sichert Frieden und Wohlstand. Europa ist stark. Das gilt vor allem für Länder wie Deutschland. In dieser Sicherheit wachsen junge Menschen auf. Trotzdem haben Europapolitiker*innen das Gefühl, gerade die Jungen interessieren sich nicht für Europa und wenn, dann protestieren sie dagegen. Wie bei der Debatte um Artikel 13. All die satten jungen Leute, die stolz sein sollten auf das, was Europa für sie erreicht und ihnen ermöglicht hat. Warum scheint die Europawahl für sie so uninteressant? Warum kämpfen sie nicht für die „europäische Idee“?

Europa muss mehr sein als eine Wirtschaftsunion

Das tun sie, nur für eine andere. Europapolitik denkt fast ausschließlich in Wirtschaftsunionen, denkt in freizügigem (Waren-)Verkehr und Gewinnchancen. Die Stärke der europäischen Märkte scheint das einzig Identitätsstiftende. Zugegeben, neben der Friedensschaffung war die Wirtschaftsunion auch die ursprüngliche europäische Idee. Und sollten die Nachgeborenen der Leistungsgesellschaft das nicht auch so sehen? Sollten sie nicht glücklich sein in dieser Welt voll wirtschaftlicher Entfaltungschancen?

Mir ist die Wirtschaftlichkeit der EU vollkommen egal. Grundsätzlich sehe ich den finanziellen Erfolg eines Unternehmens als vollkommen gleichgültig für seine Bedeutung. Kaufmännischer Erfolg sagt nichts über den Nutzen einer Unternehmung aus. Eines der erfolgreichsten Unternehmen der Welt, mit 50 Milliarden Euro Umsatz im Jahr, ist die kalabrische Mafia. Nutzt die etwas? Eine wirtschaftliche Unternehmung – und das wäre die EU, wenn wir sie als reine Wirtschaftsunion nehmen – hat doch nur dann einen Nutzen, wenn sie in allen oder zumindest größtmöglichen Teilen den Einbezogenen Sinn stiftet und das heißt eben auch, dass alle Europäer*innen Anteil haben müssten am Wohlstand des Kontinents, denn es gehört – so Aristoteles – zur Glückseligkeit, dass jede*r einen ausreichenden

Anteil an den Gütern dieser Welt hat, an materiellen wie immateriellen.

Europa muss fühlbar werden

Das Problem am Europa-Bild ist das Beharren auf dem Entweder-Oder. Wachstum statt Zufriedenheit. Geschwindigkeit statt Weitblick. Wirtschaftliche Interessen statt Wertegemeinschaft. Das klingt hip, modern und zukunftsorientiert. Aber vielleicht interessieren sich die jungen Menschen Europas ebenso wenig wie ich für das so zeitgeistige Wachstum. Eher für etwas, das gänzlich altmodisch klingt: Sinnstiftung. Ein abstrakter Begriff, weil man ihn nicht auf Flipcharts und in Excel-Tabellen skizzieren kann. Sinnstiftung ist ein Begriff, den selbst Halbgötter in Aufsichtsräten nicht errechnen können, sie könnten ihn nur erfüllen.

Vielleicht geht es nicht um die behauptete Gemeinschaft oder Wirtschaftsverbände, es geht um ein echtes Gemeinschaftsgefühl der Kulturen, basierend auf der komplizierten Erzählung dieses Kontinents, seiner Länder und Mentalitäten. Europas Stärke liegt nicht im Ökonomischen, eher sogar weniger, da ein ganzer Kontinent von Wirtschaftsexpert*innen nicht in der Lage zu sein scheint, ungleiche Bezahlung abzuschaffen oder Armut und Korruption zu bekämpfen. Gleichzeitig sind das überraschenderweise die Themen, die junge Leute bei einer Europawahl interessieren.

Europas Stärken sind die geistigen, die Tradition der Aufklärung, auch die Gefühlswelten der Einzelnen. Das klingt altmodisch, ist aber zeitgemäßer denn je. Es geht um die Notwendigkeit, für die Bürger*innen (gerade auch für die jungen) einen Anteil an Europa herzustellen. Nicht nur auf ökonomischer oder politischer Ebene, sondern auch auf der Gefühlsebene. Und alle Gefühle müssen an einen guten Ausgang glauben.

René Sydow

ist Kabarettist, Schauspieler und Filmemacher.

Study, work and travel

Nina Krüger und Josef Kraft erleben Europa im Moment hautnah – in Italien und Schottland. Warum sich die beiden Studierenden für Semester im Ausland entschieden haben und wie dort die Stimmung vor der Europawahl ist, erzählen die beiden im Interview.

Nina, du bist gerade für ein Semester in Italien. Wie gefällt es dir dort?

Nina Krüger: Mir gefällt es wirklich gut in Italien! Ich hatte viel Glück mit meinen Mitbewohner*innen und habe auch schnell Freund*innen gefunden, sodass ich wirklich sagen kann, dass ich angekommen bin. Ich habe meinen Aufenthalt sogar um ein Semester verlängert. Ich besuche täglich Seminare, einen Sprachkurs an der Universität und absolviere ein Praktikum im Forschungsinstitut des italienischen Gewerkschaftsbundes in Bologna. Wenn ich nicht mit meinen Kommiliton*innen in der Bibliothek lerne, gehen wir auch gerne mal einen Kaffee oder Aperitivo trinken.

Josef, du studierst und lebst schon ein paar Monate in Schottland. Wie ist es bei dir?

Josef Kraft: Ich bin nun seit einem halben Jahr in Glasgow und es ist einfach super. Die Uhren an der Uni ticken anders als in Siegen. Die Semester sind etwas kürzer, dafür aber umso gefüllter. Anstatt eine Phase am Ende des Semesters für Hausarbeiten und Klausuren zu reservieren, werden diese hier auch schon während der Vorlesungsphase erwartet. Trotz des vollen Studientags bleibt aber immer noch Zeit, um auch das politische und kulturelle Angebot der Stadt kennenzulernen. Nach Vorlesungen, Seminaren und der dazugehörigen Schicht in der Bibliothek geht es noch oft genug raus, um mit Freund*innen und Kommiliton*innen den Abend ausklingen zu lassen. Nicht selten kann man dabei in den Pubs auch Live-Musik erleben.

Warum habt ihr euch für diese Länder entschieden?

Josef Kraft: Nachdem ich bereits ein Jahr im Süden Englands gelebt habe, wollte ich immer zurückkehren.

Das hat nun endlich geklappt. Die Möglichkeit, hier einen Master in Internationalen Beziehungen zu absolvieren, war meine Chance. Ich hoffe, dass ich mit diesem Abschluss, den Erfahrungen in der Zusammenarbeit und meinem ehrenamtlichen Engagement bei den örtlichen Gewerkschaften in der internationalen gewerkschaftlichen Arbeit Fuß fassen kann.

Nina Krüger: Bei mir war es fast genauso. Ich habe schon immer eine kleine Sehnsucht nach Italien gehabt, seit ich als Jugendliche mit meinem Sportverein die Gelegenheit hatte, ins Trainingslager dorthin zu fahren. In der Schule lernte ich dann die Sprache, was mein Fernweh nur verstärkt hat. Zum Master wollte ich ein Auslandssemester in mein Studium integrieren, damit ich meine Sprachkenntnisse verbessern kann, andere wissenschaftliche Arbeitsweisen kennenlernen und internationale Freundschaften schließen kann. Die Möglichkeit, am Doppelmasterprogramm der Unis Bielefeld und Bologna teilzunehmen, war daher eine glückliche Fügung.

Viele Studierende nutzen das EU-Förderprogramm Erasmus, um ins Ausland zu gehen. Wie habt ihr euren Traum verwirklicht?

Nina Krüger: Ich bin nicht über ein Erasmusprogramm ins Ausland gegangen, sondern im Rahmen des bilateralen Abkommens zwischen den Universitäten Bielefeld und Bologna. Weil diese Kooperation noch relativ neu war, gab es viele Dinge, die nur theoretisch vereinbart waren. Einige bürokratische Prozesse mussten individuell ausgehandelt werden. Des Weiteren haben Sprachbarrieren und uneinheitliche Universitätssysteme diesen Prozess noch verkompliziert. Trotz der Vereinheitlichungen durch die Bolognareform gibt es also noch Verbesserungsbedarf.

Josef Kraft: Auch bei mir hatte die Organisation des Auslandsaufenthalts seine Tücken, aber am Ende hat es glücklicherweise doch alles sehr gut geklappt. Nachdem die Hans-Böckler-Stiftung ihre Unterstützung zugesagt hatte, konnte ich mich in Glasgow bewerben. Während des Bewerbungsprozesses tauchten Überraschungen auf, die aber mit der Hilfe meines Vertrauensdozenten und Dozierender in Siegen gut gelöst werden konnten. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie die Anrechnung der Leistungen abläuft. Es scheint, als sei Europa in diesem Aspekt noch nicht so weit zusammengewachsen, wie es geplant war.

Trotz vieler Gemeinsamkeiten sind die einzelnen EU-Länder immer noch sehr verschieden. Wie ist denn die Stimmung kurz vor der Europawahl?

Nina Krüger: Die Stimmung in Italien ist eher ruhig und bis jetzt hat der Wahlkampf hier nicht wirklich begonnen. Ich schätze, dass das vor allem daran liegt, dass auf nationaler Ebene viel los ist: Seit die neue Regierung im Amt ist, gibt es jeden Tag einen neuen – meist rassistischen – Skandal von Salvini und Co.. Vor einigen Wochen wurde erst das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt und ein Gesetz verabschiedet, das die Sorgerechtsregelung verschlechtert. Das Ganze ist sehr dynamisch und es gibt viele politische Veranstaltungen und Demos, beispielsweise eine gigantische Fridays-for-Future-Demo. Zu den Europawahlen hat bis jetzt leider wenig stattgefunden.

Fühlst du dich dort als Deutsche, als Europäerin oder beides?

Nina Krüger: Ich fühle mich durch und durch als Europäerin. Quasi überall hängen EU-Flaggen an offiziellen Gebäuden und die Freiheit ohne Visa, ohne SIM-Karten- oder Währungswechsel einfach Grenzen überqueren zu können und herzlich aufgenommen zu werden, hat etwas sehr Inspirierendes. Die Erfahrung hat mich nur darin bestärkt, wie wichtig die EU für unser aller Zusammenleben ist und welche Gelegenheiten sie für so viele junge Menschen bietet. Die Erfahrung, in einem anderen Land zu leben, hat meine Perspektive nachhaltig verändert, nicht nur im Positiven: Ich habe Menschen kennengelernt, die von struktureller Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, und erlebt, wie diese jungen Leute ihre Zukunft planen. Das hat mir deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, Probleme zusammenhängend auf europäischer Ebene zu lösen.

Von gemeinsamen Lösungen ist man in Großbritannien im Moment leider weit entfernt. In Schottland ist die Situation wegen des Brexits sicher angespannt, oder?

Josef Kraft: Naja, ich hatte große Proteste erwartet, als sich im März das Brexit-Datum näherte, aber am Ende blieb alles ruhig. Viele, mit denen ich gesprochen habe, sind einfach nur genervt vom Hin und Her. Dabei fällt immer wieder auf, dass das Bild der rechten Brexit-Unterstützer*innen nur zum Teil richtig ist. Viele, vor allem junge Leute, die gesellschaftlich progressiv eingestellt sind, befürworten den Ausstieg mittlerweile, weil man hofft, gesellschaftliche Verbesserungen anstoßen zu können. Die Europawahl

hingegen ist – zumindest bisher – gar kein Thema. Wahrscheinlich auch, da man im Augenblick davon ausgeht, dass das Vereinigte Königreich nicht daran teilnimmt. Die Stimmung hier in Glasgow ist aber generell sehr gut und eher entspannt. Viele der Leute, denen man im Alltag begegnet, sind sehr herzlich und offen. So kommt es durchaus vor, dass man beim Bezahlen eine kurze Unterhaltung mit den Beschäftigten anfängt oder sich beim Warten plötzlich in einer Unterhaltung mit einer bis dahin fremden Person wiederfindet. Die Menschen sind dabei sehr politisch, das fällt nicht nur bei Unterhaltungen auf. So wurde Ende des letzten Jahres hier ein großer Streik organisiert, um gegen die geschlechterbedingte Ungleichbezahlung aufzubegehren. Spontan sind dann die Beschäftigten der Müllabfuhr in den Streik getreten, um die am Ende erfolgreiche Forderung nach gleicher Bezahlung zu unterstützen. Dabei überrascht es mich immer wieder, wie ruhig die Leute bleiben.

Nina Krüger

ist Mitglied im Landesausschuss der Student*innen der GEW NRW.

Josef Kraft

ist Mitglied im Ausschuss der jungen GEW NRW.

pluspunkt

Andreas Keller: Easy study? 20 Jahre Bologna
www.tinyurl.com/20-jahre-bologna





So geht Europa in Schule und Hochschule

Die EU ist ein wichtiges Thema in Schule und Hochschule. Aber wie lässt es sich spannend und praxisnah umsetzen? Drei Bildungseinrichtungen stellen ihre Projekte und Initiativen vor.

Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises Siegburg, Teilstandort Eitorf

Im Herbst 2018 startete am Teilstandort Eitorf des Berufskollegs des Rhein-Sieg-Kreises Siegburg unser Projekt „Mein Weg in die digitalisierte und globalisierte Arbeitswelt“, das als Projekt Erasmus+ durch die Europäische Union über einen Zeitraum von zwei Jahren finanziell gefördert wird. Digitalisierung, Automatisierung und Globalisierung gehören zu den aktuell größten Herausforderungen für Unternehmen und ihre Mitarbeiter*innen. Der sich stetig wandelnde Arbeitsmarkt erfordert von seinen Akteuren sehr viel Flexibilität sowie gute Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten, um langfristig in der heutigen Arbeitswelt bestehen zu können. Auch werden interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger. Daher hat sich das Projekt zum Ziel gesetzt, Schüler*innen für diese Herausforderungen der Arbeitswelt 4.0 zu sensibilisieren und mit den notwendigen Qualifikationen vertraut zu machen.

Kooperationen mit Unternehmen im In- und Ausland

Im Rahmen des Projekts entwickeln wir verschiedene Kooperationsmodule mit Unternehmen, um die Veränderungen in der Arbeitswelt für die Schüler*innen erlebbar zu machen. Dazu gehören zum Beispiel die Betreuung von Schüler*innen bei der Entwicklung von Digitalisierungsstrategien für einzelne Geschäftsprozesse, die Durchführung von Tagespraktika oder Betriebsbesichtigungen.

Durch den Austausch mit Unternehmen erhalten die Schüler*innen praktische Einblicke in verschiedene kaufmännische Wirtschaftsbereiche und dabei einen konkreten Eindruck von den sich stark verändernden Wirtschafts- und Informationsprozessen. Diese Erfahrung ermöglicht ihnen, sich über die Konsequenzen für ihre eigene Ausbildung und das kommende Berufsleben bewusst zu werden.

Das Erasmus+ Projekt wird gemeinsam mit den Partnerschulen „Lycee François Camel“ aus St. Giron in Frankreich und „IISS Marco Polo“ aus Bari in Italien durchgeführt. Die Kooperation ermöglicht den Schüler*innen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene verschiedene Unternehmen und Berufskarrieren kennenzulernen und auch dadurch Perspektiven für den eigenen beruflichen Werdegang zu entwickeln.

Persönliche Weiterentwicklung für Schüler*innen

Die Schüler*innen lernen digitale Tools zur Organisation, Kommunikation und Präsentation kennen und setzen sie ein. Darüber hinaus vertiefen sie ihre Fremdsprachenkenntnisse, denn der Austausch mit den Partnern findet überwiegend auf Englisch statt. Dabei lernen sie mehr über die Kultur der Partnerländer, entwickeln neue persönliche Kontakte über Landesgrenzen hinweg und überwinden Vorurteile. Tatkräftige Unterstützung bei der Antragstellung und Durchführung des Projektes haben wir durch die Europa-Geschäftsstelle „Wirtschaft und Berufsbildung“ der Bezirksregierung Köln erhalten.

Michaela Köser-Segschneider

ist Initiatorin und Hauptkoordinatorin des Projekts Erasmus+ am Berufskolleg Siegburg.

Universität Trier, Arbeitsbereich Didaktik der Gesellschaftswissenschaften

Seit dem Wintersemester 2017/2018 bietet die Universität Trier den Lehramtsstudierenden aller Fächer eine neue Option an: das Zusatzzertifikat „Leben und Lernen in der Großregion“. Dieses Angebot wurde von der Professur für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften initiiert und in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung und der Referentin der Universität umgesetzt. Es nutzt die Lage der Universität Trier im Herzen der Großregion, um zentrale Querschnittsthemen wie interkulturelle Bildung, Internationalisierung und Europabildung in der gelebten Praxis einer transnationalen Region zu vermitteln.

Berührungspunkte mit europäischen Nachbarn

Gegenstand des Zertifikatsstudiums sind neben interkultureller Kompetenz, Exkursions- und Sprachendidaktik auch Strategien transnationaler und regionaler Schul- und Unterrichtsentwicklung. Studierende können ihre Kenntnisse zu Geschichte, Kultur, Arbeitsmarkt und Gesellschaft der Teilregionen vertiefen und in Sprachkursen ihre Kompetenzen in den Landessprachen der Großregion ausbauen. Die kurzen Wege sind hierbei ein großer Standortvorteil, da sie die Teilnahme an Veranstaltungen verschiedener Partnerinstitutionen ermöglichen.

Für viele Schüler*innen, aber auch viele angehende Lehrende sind die Nachbarn jenseits der Landesgrenzen ein eher unbekanntes Gebiet. Hier setzt das Zertifikat an und bietet den Studierenden ein niedrigschwelliges optionales Angebot. „Durch das Zertifikatsstudium erlebe ich den Mehrwert, den eine transnationale und multiperspektivische Betrachtung verschiedener Themengebiete gegenüber einer nationalen hat. In der Großregion treffen verschiedene Sprachen und Kulturen auf kleinem Raum aufeinander, was die Chance bietet, Schülerinnen und Schüler schon früh in Kontakt mit anderen Kulturen zu bringen, um somit Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede herauszustellen und eine Identität der Großregion zu entwickeln“, sagt Vanessa Prinz, die eine der ersten Absolvent*innen des Zertifikats und angehende Gymnasiallehrerin ist.

Exkursionen und Seminare: Wie tickt Europa?

Das Programm umfasst Veranstaltungen im Umfang von 14 Semesterwochenstunden und kann in allen Phasen des Studiums begonnen werden. Nach einer Einführungsphase an der Universität Trier wählen die Studierenden ihre eigenen Schwerpunkte aus dem halbjährlich wechselnden Veranstaltungsverzeichnis. Mindestens zwei Semesterwochenstunden absolvieren die Teilnehmenden bei Seminaren, Exkursionen oder Weiterbildungen außerhalb von Rheinland-Pfalz, um die Großregion praktisch vor Ort zu erleben. Anbieter dieser Veranstaltungen sind beispielsweise das „Zentrum für politisch Bildung Luxemburg“, Partner an den Universitäten

in Luxemburg und Saarbrücken sowie die Lehrerbildungsinstitute in Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Dieses Modell ließe sich auch auf andere Grenzregionen übertragen, vor allem, wenn bereits bestehende Kommunikationswege und Kooperationen genutzt werden können, so der Initiator des Zertifikats, Prof. Matthias Busch.

Dr. Julia Frisch

koordiniert am Arbeitsbereich Didaktik der Gesellschaftswissenschaften der Universität Trier die Inhalte des Zusatzzertifikats „Leben und Lernen in der Großregion“.

Europaschule Krupp-Gymnasium in Duisburg

Warum sind wir Europaschule? Zunächst einmal haben wir als Gymnasium einen bilingualen Zweig. Schüler*innen können bei uns ein englischsprachiges Abitur ablegen und zusätzlich das Zertifikat CertiLingua erwerben, das ihnen nicht nur besondere sprachliche Fertigkeiten, sondern auch weitere Aktivitäten in europäischem Zusammenhang bescheinigt. Jährlich machen mehr als 30 Abiturient*innen ein bilinguales Abitur, einige von ihnen mit CertiLingua. Im Laufe ihrer Schulzeit sind sie – wie auch andere Schüler*innen der Schule – in Kontakt mit den europäischen Nachbarn gekommen:

- Sie hatten in ihren gewählten Fremdsprachen mindestens einen Auslandskontakt in der Sekundarstufe I.
- Im Englisch-Leistungskurs waren sie während einer Studienfahrt im englischsprachigen Ausland.
- In der Jahrgangsstufe 9 haben sie an einem Europa-Projekt teilgenommen, meist gemeinsam mit Gleichaltrigen anderer Europaschulen.



- Vielleicht haben sie in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe ein Auslandsbetriebspraktikum gemacht, waren für einen längeren Zeitraum Gastschüler*innen einer Schule im Ausland oder haben mit Gastschüler*innen in unserer Schule Kurse verbracht.
- Einige von ihnen haben an Austausch teilgenommen, zum Beispiel mit einer Schule auf Sizilien.
- Einige haben bei europäischen Kooperationsprojekten wie zum Beispiel Erasmus+ mitgewirkt und bei uns oder im Ausland mit Gleichaltrigen anderer europäischer Länder zusammengearbeitet.
- In bestimmten Jahrgangsstufen haben sie an schulischen Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen zu Europawahlen teilgenommen, diese vorbereitet und organisiert oder bei Wahlsimulationen mitgemacht.
- Viele haben die europäische Hauptstadt Brüssel besucht und sich drei Tage lang von den Institutionen ein eigenes Bild gemacht.
- Die Europahymne ist im festen Repertoire unserer Schulkhöre, die Europaflagge bestimmt das Bild der Schule mit.

Gerade in einer Stadt wie Duisburg mit dem unweit der Schule gelegenen Logistikzentrum „Logport“ wissen wir, wie stark die EU unser Leben bestimmt. Die Schüler*innen schätzen besonders die Freizügigkeit und die offenen Grenzen. Dazu tragen unsere Partnerschulen bei wie das Montessori College in Nijmegen (Niederlande), die Deutsche Schule Istanbul (Türkei), Obchodna akademica in Banska Bystrica (Slowakei), Institut Pius Font i Quer in Manresa (Spanien), Istituto Statale Istruzione Superiore Sciascia-Fermi in Sant'Agata di Militello (Italien) sowie das Anatolische Gymnasium Izmir (Türkei).

Brexit hin, Cinque Stelle her – Europa bedeutet für uns das friedliche Zusammenleben und den Austausch der Menschen, wofür sich alle Anstrengung lohnt.

Peter Jöckel

ist Schulleiter der Europaschule
Krupp-Gymnasium in Duisburg.



Impressum

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

punktlandung-Redaktion

Anja Heifel-Rohden, Sherin Krüger, Jessica Küppers
fon 0201-2940355
mail punktlandung@nds-verlag.de
web www.nds-zeitschrift.de

punktlandung-Layout

Daniela Costa – büreau.de

Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
mail office@nds-verlag.de
web www.nds-verlag.de

Titelfoto der punktlandung:
[insanity100](https://www.instagram.com/insanity100/) / [vecteezy.com](https://www.instagram.com/vecteezy.com/)



Julia Lühr, Jugendbildungsreferentin
fon 0201-2940384
mail jungegew@gew-nrw.de
web www.junge-gew-nrw.de



Betr.: nds 1-2019, Nein zu Extremismus!

Die nds beginnt mit einem Leitartikel „Nein zu Extremismus: Reden hilft!“. Die Autorin Silke Baer startet ihren Text mit dem richtigweisenden Satz: „Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus fordern demokratische, freiheitliche Gesellschaften heraus.“ Sie hat allerdings die Linksextremist*innen vergessen. Vertreter*innen von linksextremistischen Gruppierungen hassen unseren demokratischen Rechtsstaat mit seiner sozialen Marktwirtschaft. Letztes markantes Beispiel war die brutale Straßengewalt linksautonomer Aktivist*innen auf dem Hamburger Weltwirtschaftsgipfel gegen Polizist*innen, Ladeninhaber*innen und Autobesitzer*innen. Auch der Antisemitismus ist bei Teilen linksextremistischer Organisationen vertreten, wie sich bei Demonstrationen gegen den jüdischen Staat mit dem Verbrennen israelischer Fahnen zeigt. Als beamteter Lehrer auf das Grundgesetz verpflichtet, habe ich in meinem Geschichts- und Politikunterricht stets gegen jegliche rechts- und linksextremistische sowie religiöse Gewalt angekämpft und gewirkt.

Hermann Reyher

Betr.: nds 2-2019, Die Stimme der jungen Generation zum Klimawandel

Welche Angsthasen sitzen eigentlich in den Führungspositionen der GEW? Was sollen kreative Lösungen für den Unterrichtsstreik der Schüler*innen, um deren und auch unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder und Enkel es ja wohl geht? Der sogenannte Kohlekompromiss, der zugunsten der Konzerne geht und gegen die Lebensbedingungen der Menschen hier auf der einzigen Erde, die wir zum Leben haben, ist ein Betrug an uns und besonders an der jungen Generation. Ich erwarte von einer fortschrittlichen Gewerkschaft eine klare Positionierung und Aufforderung zum Streik der Schüler*innen, wenn schon die Erwachsenen keinen Arsch in der Hose haben und sich dem Streik anschließen! Kreative Lösungen nehmen dem Widerstand die Spitze und die Durchschlagskraft! Und Streik ist nun mal das einzige Mittel, das uns als wirklicher Widerstand zur Verfügung steht! Also bedenkt noch einmal eure Haltung zum Klimastreik der Schüler*innen. Wie wir alle wissen, bleibt uns keine Zeit mehr, wenn wir das Schlimmste noch verhindern wollen.

Georg Kaufmann

Betr.: nds 2-2019, Die frühe Kindheit braucht Spielwiesen!

Die Autorin beschreibt im neoliberalen, funktional-technokratischen Terminus die derzeitige Praxis der frühkindlichen Erziehung. Da werden „pädagogisch Behandelte [...] fokussiert [...] und deren ökonomischer Nutzen und lebenslange Verwertbarkeit.“ Folgerichtig mussten Kindheitspädagog*innen her, die „seit 2004 bundesweit [in] über 100

neue[n] Studiengänge[n]“ ausgebildet wurden. Spätestens hier kommt der Gedanke auf: Irgendetwas läuft falsch. Hat noch irgendwer den Überblick?

Es gilt schließlich den Spagat zu vollbringen zwischen der Erhaltung von „einst wild gewachsenen Felder[n] frühkindlicher Entdeckungsreisen“ und der „Erwartung [...] keine Lernzeit zu versäumen und die sich öffnenden Fenster kindlicher Entwicklung effizient zu nutzen“. Wenn man der in den letzten Jahren propagierten Ökonomisierung der Bildung die „Spielwiesen“ früherer Erziehungswissenschaftler*innen gegenüberstellt, kann das nur zu einem desaströsen Ergebnis führen. Unterschwellig ahnt dies auch die Autorin. Ihre Schlussfolgerung lautet: „Vielleicht liegt der Kern pädagogischen Handelns weniger in der Beobachtung der ‚zu erziehenden‘ Kinder als in der wachsamem Beobachtung bildungspolitischer Entwicklungen [...]“. Dem kann man zustimmen, wobei man das eine tun kann, ohne das andere zu lassen.

Kurz zur Erinnerung: Die „Spielwiesen“ früherer Erziehungswissenschaftler*innen entstanden unter dem Oberbegriff „Demokratisierung des Bildungswesens“ und bedeuteten inhaltlich Erziehung zur Mündigkeit, Mitbestimmung, Solidaritätsfähigkeit. Chancengleichheit in der Bildung gehörte unbedingt dazu. Deshalb bin ich überzeugt: Nicht nur Wolfgang Klafki dreht sich ständig im Grab rum.

Gisela Schneider

P.S.: Das Zitat von Astrid Lindgren am Ende des Artikels belegt, dass „spielen“ nicht so schlecht ist. Aus der Frau ist schließlich was geworden.

Betr.: nds 2-2019, Wo bitte geht's zur Inklusion?

„Die Politik in NRW hat die Aufgabe des Gemeinsamen Lernens völlig unterschätzt.“ Ja natürlich, aber auch alle glühenden Befürworter*innen in der GEW.

Jürgen Todeskino

Betr.: nds 3-2019, Gemeinsam handeln und Lehrerinnen schützen

„[...] die Gleichberechtigung aller Geschlechter zu vermitteln und ein Klima der Achtsamkeit zu schaffen, in dem alle unabhängig von ihrem Geschlecht Respekt und Achtung erfahren und in ihrer persönlichen Integrität geschätzt sind“, sollte stets ein Leitgedanke unserer Arbeit sein: im Umgang mit Schüler*innen und beim Verfassen von Artikeln in der nds.

Mich würde aber schon mal interessieren, wie denn die in Ihrem Beispiel angeführte Kollegin, die von einem Achtklässler öffentlich um ein Date gebeten wird, angemessen reagiert hätte, ohne die Integrität des Schülers zu verletzen und vorbildlich gewesen wäre. Dann könnte ich mir als heterosexuell orientierter Mann sicher sein, richtig zu reagieren, wenn mich wieder Schüler*innen einladen oder äußern, mit mir tanzen zu wollen, oder mir zeigen/helfen wollen, wie man eine Ehefrau findet.

Dass eben nicht nur Frauen und Lehrkräfte aus dem LSBTIQ*-Bereich sexueller Grenzverletzungen ausgesetzt sein können, haben Sie leider ausgespart. Liegt dies eventuell daran, dass sexuelle Gewalt eben doch nicht so monokausal – nämlich mit der Herstellung der heteronormativen Geschlechterordnung – begründet ist, wie Sie es in dem Artikel darstellen? Mit dieser eingeschränkten Perspektive nur auf Lehrerinnen – auch Lehrkräfte aus dem LSBTIQ*-Bereich fallen ja im Artikel unter den Tisch, wenn sie sich nicht als Frau verstehen – setzen Sie eine typische Neutralisierungsstrategie gekonnt um.

Meiner Erfahrung nach hilft es, den Opferstatus nicht nur einem Teil der Opfergruppe zuzusprechen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten! Dass es Konzepte braucht, wie Lehrkräfte angemessen mit (sexueller) Gewalt gegen sie umgehen, hat meine volle Zustimmung.

Jörn Hahn

Leser*innenstimmen: Kommentar zum Israel-Boycott der BDS-Bewegung

Israelkritik ist nicht automatisch Antisemitismus

Die Debatte um die Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) ist in der Bildungsgewerkschaft angekommen: Auf ihrem Gewerkschaftstag im Mai 2019 will sich die GEW NRW zu der Kampagne und deren Aufruf zum Israel-Boycott positionieren. Aber wie? Das ist auch innerhalb der Bildungsgewerkschaft umstritten. Deshalb hat der Meinungsbeitrag in der nds 3-2019 nicht nur Zuspruch unter GEW-Kolleg*innen gefunden. Lesen Sie hier die Gegenstimmen.



Antisemitismusbegriff nicht aufweichen!

Der Kommentar zur BDS-Bewegung verstößt gegen die Selbstverständlichkeiten der politischen Bildung, etwa nach dem Beutelsbacher Konsens. Was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, ist auch kontrovers zu behandeln, ohne Überwältigungsversuch. Schon die Überschrift verbindet die BDS-Bewegung mit Antisemitismus. Das ist kurz nach der Verweigerung städtischer Räume für den Göttinger Friedenspreis an die „Jüdische Stimme“ ein Ausdruck mangelnder Umsicht.

Die Behauptung, „die Linke“ sei vor einer Relativierung der Shoah „nicht gefeit“, heftet allen Linken eine Mitverantwortung an, wenn Menschen, die sich links einordnen, derartige Positionen beziehen. Antiimperialistische Propaganda, etwa der Sowjetunion, habe die so Kritisierten beeinflusst, unterstellt Marc Neumann. Er listet dann einige Punkte auf, die Israelkritiker*innen verschweigen. Es fehlt unter anderem, dass die Sowjetunion die Staatengründung Israels tatkräftig unterstützt hatte.

Marc Neumann wirft zudem der BDS-Bewegung vor, durch eine Vermischung der Begriffe „besetzen“ und „kolonisieren“ bewusst offenzuhalten, was genau die Bewegung kritisiert. Er schlussfolgert, dass die Forderungen auf eine Vernichtung Israels hinauslaufen. Mit wenig Recherche ist allerdings eine Klärung dieser Frage durch das „Palestinian Boycott, Divestment and Sanctions National Committee“ (BNC) aus Ramallah zu finden: „Das Ziel der Beendigung der israelischen Besatzung und Kolonialisierung aller arabischen Gebiete im BDS-Aufruf bezieht sich (...) auf alle arabischen Gebiete, die 1967 von Israel militärisch besetzt wurden und bis heute von der UNO als ‚seit 1967 besetzte arabische Gebiete‘ bezeichnet werden: das palästinensische Westjordanland (inklusive Ostjerusalem) und der Gazastreifen sowie die syrischen Golanhöhen. Kolonialisierung bezieht sich auf Israels völkerrechtswidrige Siedlungs- und Annexionspolitik in diesen besetzten Gebieten (...).“

Marc Neumann fragt, wo Kritiker*innen andere Annexionen anderer Staaten kritisieren. Nun, ich selbst kritisiere als Aktivist der Friedensbewegung immer wieder die gewaltsame Besetzung Nordzyperns durch die Türkei. Ich würde keinen Dialog der unterschiedlichen Positionen zu BDS ablehnen, den Marc Neumann nicht anstrebt, da „mit Argumenten schlecht Emotionen beizukommen“ sei. Ich selbst bin für einen Boycott von Produkten, die Israel in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten

produziert hat; das gilt auch in Bezug auf anderen Staaten, die andere Ländereien gewaltsam überfallen haben.

Die Behauptung, eine „Delegitimierung und Dämonisierung Israels“ seien gegenwärtig „Hauptpfeiler antisemitischer Hetze“ vereinnahmt alle auch jüdischen Israelis, die den Kurs von Regierungschef Benjamin Netanjahu kritisieren, der es zum Beispiel geschehen lässt, dass die rechtsextreme Justizministerin Ayelet Shaked den Faschismus verharmlost. Wenn Marc Neumann behauptet, „arabische Staatsbürger*innen Israels genießen die gleichen Rechte“, verschweigt er unter anderem, dass Ayelet Shaked ein Gesetz durchgesetzt hat, das die Strafmündigkeit für arabische Israelis (nicht für jüdische!) auf zwölf Jahre herabgesetzt hat, was dazu führt, dass hunderte Kinder ab ihrem 14. Lebensjahr Strafen in Israel absitzen.

Wenn es eine Schlussfolgerung aus dem Unrecht der Nazis gibt, dann die: Die Entrechtung und Beleidigung und Gewalt gegen Menschen, weil sie Juden sind, ist als Antisemitismus abzulehnen. Die Aufweichung des Begriffes dadurch, dass „Antisemitismus“ auf Kritik an der Regierung Benjamin Netanjahus ausgeweitet wird, schwächt die Abwehr des Antisemitismus. //

Bernhard Trautvetter

Einseitig und verzerrt

Mit Befremden las ich in der Zeitschrift meiner Gewerkschaft diesen Beitrag. Jedem politisch informierten Menschen sollte beim Lesen dieses Beitrags deutlich werden, dass Marc Neumann den Nahostkonflikt völlig einseitig zugunsten Israels interpretiert. Der Autor ist erstaunlicherweise unter anderem Referent für Antirassismopolitik: Sollte er nicht sehen, auf wessen Seite Jahr für Jahr wesentlich mehr Menschen sterben oder ohne Gerichtsurteil eingesperrt werden? Sollte er nicht sehen, wer immer wieder Resolutionen der Vereinten Nationen missachtet? Sollte er nicht sehen, dass noch keine israelische Regierung je Anstalten gemacht hat, einen Staat Palästina anzuerkennen, während hier die Palästinenser*innen in Vorleistung gegangen sind? Sind arabische Bürger*innen Israels nach der neuen israelischen Verfassung tatsächlich gleichberechtigt? Wer führt Landraub in der Westbank durch? Wer verletzt fortwährend libanesischen Luftraum, um Syrien zu bombardieren? Tut Syrien etwa desgleichen?

Ich bin sehr für Kontakte mit israelischen Gewerkschaftsverbänden, aber auch dafür, ihnen gegenüber ehrlich zu sein: Der jetzige israelische Staat will offensichtlich keinen Frieden und keine Gleichberechtigung für Palästinenser*innen. Solange sich Israel so verhält, wird es keinen Frieden in Nahost geben!

Diese Art von Beitrag kann man nicht mit „Bildung“ überschreiben. Eine solche, völlig verzerrte Darstellung des Konfliktes dient nicht dem Frieden, sondern der Anheizung des Konflikts. Mit solchen Meinungsäußerungen von Gewerkschaftsfunktionär*innen können auch in Deutschland keine Mitglieder gewonnen werden, sondern nur verloren! Und das wollen wir doch alle nicht, oder? //

Veiko Krauß

Wahlgewinn für Benjamin Netanjahu

Als ich den Artikel „Antisemit*innen nicht auf den Leim gehen“ in der nds 3-2019 gelesen habe, war ich entsetzt. Eine kritische Sicht auf die BDS-Kampagne kann ich nachvollziehen, aber dieser Geschichtsklitterung vorzuwerfen und selber geschichtliche Ereignisse einseitig und verkürzt darzustellen, ist kein friedensstiftender Beitrag. Das ist ein Wahlgewinn für Benjamin Netanjahu.

Wie soll nach all den Kriegen, Landbesetzungen und aggressiver Siedlungspolitik eine Zweistaatenlösung möglich sein? Schwer erträglich finde ich die undifferenzierte Unterstellung, dass die Medien in Deutschland völlig verzerrt berichten. Marc Neumann unterstellt gleichzeitig, dass die Lesenden unmündig sind und sich instrumentalisieren lassen.

Seitdem ich im Geschichtsunterricht Anfang der 1960er-Jahre mit der Verfolgung und Ermordung von Juden konfrontiert wurde, setze ich mich mit den Fragen „Wie konnte das geschehen?“ und „Was ist heute meine Verantwortung?“ auseinander. Ich war 40 Jahre lang Gesamtschullehrerin, habe Englisch und Gesellschaftslehre unterrichtet. Soziales Lernen, Demokratievermittlung und Gedenkkultur waren für mich leitende Prinzipien. //

Barbara Sendlak-Brandt

Primitive Pro-Israel-Propaganda

Ich bin 50 Jahre in der GEW und habe schon einiges mit ihrer Hilfe erreichen können. Aber in letzter Zeit ärgere ich mich sehr über eine primitive Pro-Israel-Propaganda; diesmal wieder in einem Kommentar von Marc Neumann, der von primitiver Einseitigkeit nur so strotzt und viele Unwahrheiten enthält. Ich würde ihm gern eine Literaturliste kritischer jüdischer Menschen von A wie Avneri bis Z wie Zuckermann zur Verfügung stellen. Der Bezug auf die scheußlichen Nazi-Verbrechen sollte niemals und in keine Richtung missbraucht werden. Norbert Blüms „Gerade deshalb!“ im Sinne einer besonderen Verantwortung Deutschlands im Protest gegen Rassismus, Menschen- und Völkerrechtsverletzungen halte ich für die korrekte Reaktion und keineswegs eine bei jeder passenden Gelegenheit geschwungene Antisemitismuskeule.

Kritik an der israelischen Apartheid- und Okkupationspolitik den Palästinenser*innen gegenüber ist in der Regel alles andere als antisemitisch. Und die BDS-Bewegung ist es ebenfalls nicht. Der Autor sollte sich einmal in das Freiluftgefängnis Gaza begeben und sich mit der Wasserverteilung im Westjordanland auseinandersetzen und ebenso mit der Behandlung von Palästinenser*innen durch Siedler*innen und an diversen Straßensperren im eigenen Westjordanland. Natürlich würde ich niemals Produkte aus dieser Region kaufen, die auf widerrechtlich

angebautem Land erzeugt wurden. Der „David-Goliath-Vergleich“ ist ein schlechter Witz: Israel ist schwerbewaffnete Atommacht, die auch noch von Deutschland mit durch Hunderte von Millionen Euro subventionierten atomwaffenfähigen U-Booten beliefert wird.

Was sollen gewerkschaftliche Kontakte bedeuten, wenn sie im Hinblick auf berechtigte Kritik mundtot machen sollten? Von der „historischen“ Darstellung des Kommentars wollen wir ganz schweigen. Die Deklaration Israels als „jüdischer Staat“ ist für die bedeutende nicht-jüdische Minderheit eine Zumutung und außerdem sachlich fragwürdig. Was macht denn einen Staat zu einem jüdischen?

BDS als „Aufruf zur Vernichtung Israels“ zu charakterisieren, ist eine Unverschämtheit. Natürlich hat man von allen Menschen Menschlichkeit zu fordern; da gibt es keine Ausnahmen. Und Antisemitismus hauptsächlich aus berechtigter Kritik an der israelischen Politik herzuleiten, ist einfach beabsichtigt falsch. //

Helmut Penschinski

Bedenklich umkonstruiert

Dass die BDS-Bewegung die nds als Thema erreicht hat, ist erfreulich, denn so wird deutlich, dass die weltweit zunehmend erfolgreiche BDS-Bewegung nun offenbar auch hierzulande nicht mehr totzuschweigen ist.

Der Verfasser ist „zuständig für die Israelkontakte der DGB-Bezirke“. Es ist daher nicht unbedingt zu erwarten, dass er eine kritische Position gegenüber der Politik des Staates Israel vertritt. Bedenklich wird es aber, wenn er die nachweislich durch strikte Gewaltfreiheit gekennzeichnete Politik des BDS umkonstruiert in „Aufrufe zur Vernichtung Israels“. Der politische Kampf des BDS richtet sich eben nicht gegen Israel, sondern gezielt gegen die völkerrechtswidrige Apartheidspolitik seiner Regierung und deren brutale Durchsetzung gegenüber den Palästinenser*innen.

Gefährlich scheint mir, dass der Verfasser die Arbeit der BDS-Bewegung mit der Pest des Antisemitismus gleichsetzt. Derartige Versuche, Kritik an dem Vorgehen der Regierung Israels als Antisemitismus zu denunzieren, missbrauchen und untergraben die bisher noch weit verbreitete Bereitschaft zum Aufstehen gegen den Antisemitismus. Wer lässt sich schon widerstandslos auf solch zynische Art für eine falsche Politik vereinnahmen? Im Gefolge der Gleichsetzung von Israelkritik und Antisemitismus droht daher zunehmend der Rückhalt der jüdischen Gruppierungen und Gemeinden bei der Bevölkerung vor Ort zu schwinden. Und wohlgemerkt: 41 jüdische (!) Organisationen weltweit bewerten den aktuellen Aufruf des BDS als „ein Instrumentarium, das nicht als antisemitisch definiert werden sollte.“ //

Rolf Jüngermann



Marc Neumann: Kommentar zum Israel-Boykott der BDS-Bewegung. Antisemit*innen nicht auf den Leim gehen (in: nds 3-2019) www.tinyurl.com/nds3-2019-bds

Mehr kritische Stimmen

Weitere Leser*innenbriefe mit gleichlautender Kritik haben Theodor Wahl-Aust, Bernhard Nolz und Gabi Hillner eingesandt. Zudem erreichten die Redaktion zwei kritische offene Briefe: einer von Tillmann Nöldecke sowie ein weiterer von Karin Wetterau unterstützt von Christine Biermann, Jupp Asdonk, Karl-Adolf Otto, Friederike Gausmann, Dieter Becker, Karin Duden, Horst Niemeier, Gabriele Schack-Behrens, Peter Wetterau, Gerhild und Jürgen Fiege sowie Dierk Bittner.

Wir danken allen Leser*innen für ihre Beteiligung an der Debatte und bitten um Verständnis dafür, dass nicht alle Zuschriften abgedruckt werden können.

Studie zum Image von Lehrkräften weltweit

Deutsche Lehrer*innen verdienen mehr Wertschätzung

Einer britischen Studie zufolge sind deutsche Lehrkräfte im internationalen Vergleich besonders schlecht angesehen. Die GEW fordert mehr Anerkennung für eine herausfordernde und intensive Tätigkeit – und die fängt beim Arbeitgeber an.

Lange galten sie als „faule Säcke“, die angeblich schon mittags frei haben, danach Tennis spielen und dazu auch noch zwölf Wochen Ferien im Jahr genießen dürfen. Mit solch platten Vorurteilen, wie sie einst etwa der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte, müssen sich Lehrer*innen immer wieder auseinandersetzen. Das schlechte Image des Berufsstands in der Öffentlichkeit hat auch damit zu tun, dass nicht nur Kinder und Eltern, sondern fast jede*r Erwachsene etwas zum Thema zu sagen weiß – und dabei womöglich enttäuschende Erfahrungen aus längst vergangenen eigenen Schulzeiten verarbeitet. Allerdings hat sich seit Gerhard Schröders Beschimpfungen etwas verändert, glaubt Dorothea Schäfer, Landesvorsitzende der GEW in Nordrhein-Westfalen: „Die Bevölkerung hat inzwischen wieder etwas mehr Respekt vor der Leistung, die die Lehrkräfte erbringen.“

Lehrer*innen fällt heute mehr denn je die Funktion von Torwächter*innen für die Bildungsschicksale des Nachwuchses zu. Rigide Auswahlmechanismen wie der Übertritt von der Grundschule zum Gymnasium nur bei gutem Notendurchschnitt – oder, etwas weniger drastisch, per Schulempfehlung – lösen bei Eltern Gefühle von Ohnmacht aus. Das schürt bisweilen Aggressionen, vom Neid auf „die Beamt*innen“ und ihre Privilegien etwa bei der Altersversorgung ganz zu schweigen. Dem Alltag der meisten Lehrenden wurden die Klischees noch nie gerecht. Denn jeden Tag mehrere Stunden vor pubertierenden Jugendlichen oder lauten Grundschulkindern

zu stehen, ist anstrengend und eine ständige Reizüberflutung. Unbedingte Voraussetzung ist die Fähigkeit zum flexiblen Multitasking wie auch eine sorgfältige Vorbereitung – und das gilt nicht nur für die sozialen Brennpunkte der Großstädte mit ihrer kulturell vielfältigen und teilweise schwierigen Schüler*innenschaft.

Berufswunsch Lehrer*in? Besser nicht!

2018 hat die britische Varkey Foundation zum zweiten Mal nach 2013 die Ergebnisse einer umfangreichen internationalen Untersuchung zum Ansehen von Lehrer*innen veröffentlicht. Stiftungsgründer Sunny Varkey ist ein in den Arabischen Emiraten ansässiger indischer Unternehmer, der vor allem in asiatischen Ländern mehr als hundert private Schulen und Kindergärten betreibt. Die Ergebnisse der Studie sind vor dem Hintergrund möglicher Interessenkonflikte daher mit Vorsicht zu betrachten. Für die Expertise wurden über 40.000 Menschen in 35 Ländern befragt. Einen besonders hohen Stellenwert hat der Beruf den Ergebnissen zufolge in fernöstlichen Ländern. Die Lehrkräfte aus China, Indonesien, Malaysia und Taiwan liegen im Ranking des „Global Teacher Status Index“ ganz vorn. In Deutschland dagegen, so ergab die Untersuchung, würde nur jede*r fünfte Befragte dem eigenen Kind empfehlen, Lehrer*in zu werden. Zum Vergleich: In Indien tun dies 54 Prozent.

In Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen es schon statistisch erheblich mehr Kinder

und Jugendliche und zudem große Bildungsdefizite gibt, ist der Ruf der Lehrkräfte meist deutlich besser. Die schulische Erziehung des Nachwuchses bringen Eltern dort mit dem sozialen Aufstieg der eigenen Familie in Verbindung. Doch auch in vielen Staaten der Europäischen Union wird die Leistung der Lehrenden laut der Studie stärker gewürdigt. „In Skandinavien zum Beispiel ist die Anerkennung deutlich größer“, betont die nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Dorothea Schäfer. Niedriger als die deutschen Werte liegen im Image-Ranking nur Teile Osteuropas: In Russland etwa raten gerade mal sechs Prozent der Befragten zum Ergreifen des Lehrberufs.

Lehrer*innen verdienen nicht schlecht – aber auch nicht gerecht

Die mangelnde Wertschätzung hierzulande ist immerhin mit einer vergleichsweise guten Bezahlung verbunden: Beim Gehalt liegen die deutschen Pädagog*innen international in der Spitzengruppe. Allerdings gilt das vor allem für die Gymnasien, an anderen Schulformen müssen sich die Lehrenden mit deutlich geringeren Verdiensten zufriedengeben. Nicht umsonst fordert die GEW mit der Kampagne „JA 13!“ gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. „Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I schlechter bezahlt werden. Das ist verfassungswidrig“, kritisiert Dorothea Schäfer. „Andere Bundesländer haben bereits vorgemacht, dass es auch anders geht. Es wird höchste Zeit, dass NRW nachzieht!“

Zudem, gibt die GEW-Landesvorsitzende zu bedenken, müsse bei internationalen Vergleichen die Entlohnung stets mit dem Unterrichts-

stundendeputat zusammen gesehen werden: „Und das ist bei uns höher als anderswo.“ Sie verweist auf die gestiegenen Belastungen im Unterricht und ärgert sich über „manchmal unverschämte Eltern, die Schule als reine Dienstleistung betrachten“. Auch der Umgangston der Schüler*innen habe sich verändert, zu beobachten sei ein schleichender Autoritätsverlust: „Immer häufiger sind zum Beispiel männliche Jugendliche nicht bereit, Frauen als Lehrpersonen zu akzeptieren.“ Beim Thema Respekt landet Deutschland in der Varkey-Studie im unteren Drittel. Schulleiterinnen berichten von Drohungen und Beleidigungen, bis hin zu tätlicher Gewalt.

„Lehrer*innen erbringen tagtäglich Höchstleistungen im Unterricht und danach“, sagt Helmut Holter, Minister für Bildung, Jugend und Sport in Thüringen und im vergangenen Jahr Präsident der Kultusministerkonferenz. Der Beruf müsse im öffentlichen Bewusstsein stärker anerkannt werden, fordert der Politiker der Linkspartei, denn mit ihm gehe „eine ungeheuer große Verantwortung einher“. Dorothea Schäfer hat den Eindruck, dass auch der Arbeitgeber, sprich die Landesregierung, die Leistung der Kolleg*innen zu wenig wertschätzt. „Übrigens unabhängig vom Parteibuch der Verantwortlichen“, fügt sie hinzu. Viel zu häufig würden „Schaufensterreden“ gehalten, aber dringliche Probleme wie die Entlastung im Schulalltag ignoriert oder vernachlässigt.

Entgegen gängiger Vorurteile sind die Arbeitszeiten an den Schulen lang, sie liegen im Schnitt bei 45 Stunden pro Woche. „Seit rund 20 Jahren werden ständig weitere Aufgaben draufgesattelt, die Pflichtstundenzahl wurde aber nicht grundsätzlich reduziert“, kritisiert die GEW-Bundvorsitzende Marlis Tepe. Zu befürchten ist, dass negative Berichte über das Image von Lehrer*innen, wie sie nach der Veröffentlichung der Varkey-Studie zu lesen waren, das Werben um dringend benötigte zusätzliche Lehrkräfte erschweren könnten – weil sich potenziell Interessierte davon abgeschreckt fühlen.

Wer gute Lehrkräfte will, muss etwas dafür tun

Die Skepsis, die in den Befragungen zum Ausdruck kommt, ist durchaus verständlich. Sie beruht nicht nur auf Neid oder Vorurteilen gegenüber den in den Schulen Tätigen. Denn die misslichen Zustände im deutschen Bildungssystem, mit denen sich Kinder und Eltern auseinandersetzen müssen, sind offensichtlich und seit Langem bekannt: der schlechte Zustand vieler Gebäude, volle Klassen, überfrachtete

Lehrpläne, teilweise unzureichend qualifizierte Pädagog*innen.

Die Ursachen dieser Misere liegen auch in einer wenig vorausschauenden Bildungsplanung, die sich in den letzten Jahrzehnten bei den Prognosen der zu erwartenden Schüler*innenzahl ständig verkalkuliert hat. Die zuständigen Behörden müssen angesichts von gesteigener Geburtenrate und mehr Kindern aus Zuwanderungsfamilien in großem Umfang auf Seiten-einsteiger*innen zurückgreifen. Überall laufen deshalb Kampagnen: Nordrhein-Westfalen betreibt Wortspiele und wirbt für einen „Job mit Pultstatus“, Mecklenburg-Vorpommern bemüht Küstenpoesie und bittet inständig „Sei unser Lehrer, wenn du einen festen Ankerplatz suchst“. Anderswo werden Pensionär*innen zurückgeholt oder Frühverrentungen hinausgeschoben. In Berlin, wo sich besonders dramatische Engpässe zeigen, hat inzwischen nur noch jede*r dritte Neueingestellte ein Lehramtsstudium absolviert, an den Grundschulen ist es sogar nur noch jede*r Zehnte.

Doch auch wer gut ausgebildet ist, hat diesen Beruf häufig mit falschen Vorstellungen über die künftige Tätigkeit gewählt. Manche Lehramtsstudierende denken vor der Einschreibung an der Universität zum Beispiel zu wenig darüber nach, ob ihre Persönlichkeit den pädagogischen Anforderungen gewachsen ist. Eignungstests, wie sie etwa in Finnland zum

Standard gehören, sind in Deutschland bisher nicht üblich. Immerhin machen die Studierenden in NRW früh ein Orientierungspraktikum, später folgt das Praxissemester. Trotzdem kommt für manche Hochschulabsolvent*innen erst im Referendariat, wenn sie regelmäßig vor den Klassen stehen, das böse Erwachen – und die (zu) späte Erkenntnis, vielleicht doch im falschen Film zu sein. Wenn das Land als Arbeitgeber motivierte Lehrkräfte haben will, muss es für die passenden Rahmenbedingungen sorgen. Neben einer guten Aus- und Weiterbildung gehören dazu auch eine gerechte Bezahlung, mehr Aufstiegsmöglichkeiten im Grundschullehramt und der Abbau der beruflichen Überlastung. //



Peter Dolton, Oscar Marcenaro, Robert de Fries, Po-When She: Global Teacher Status Index 2018

www.tinyurl.com/varkey-studie-2018



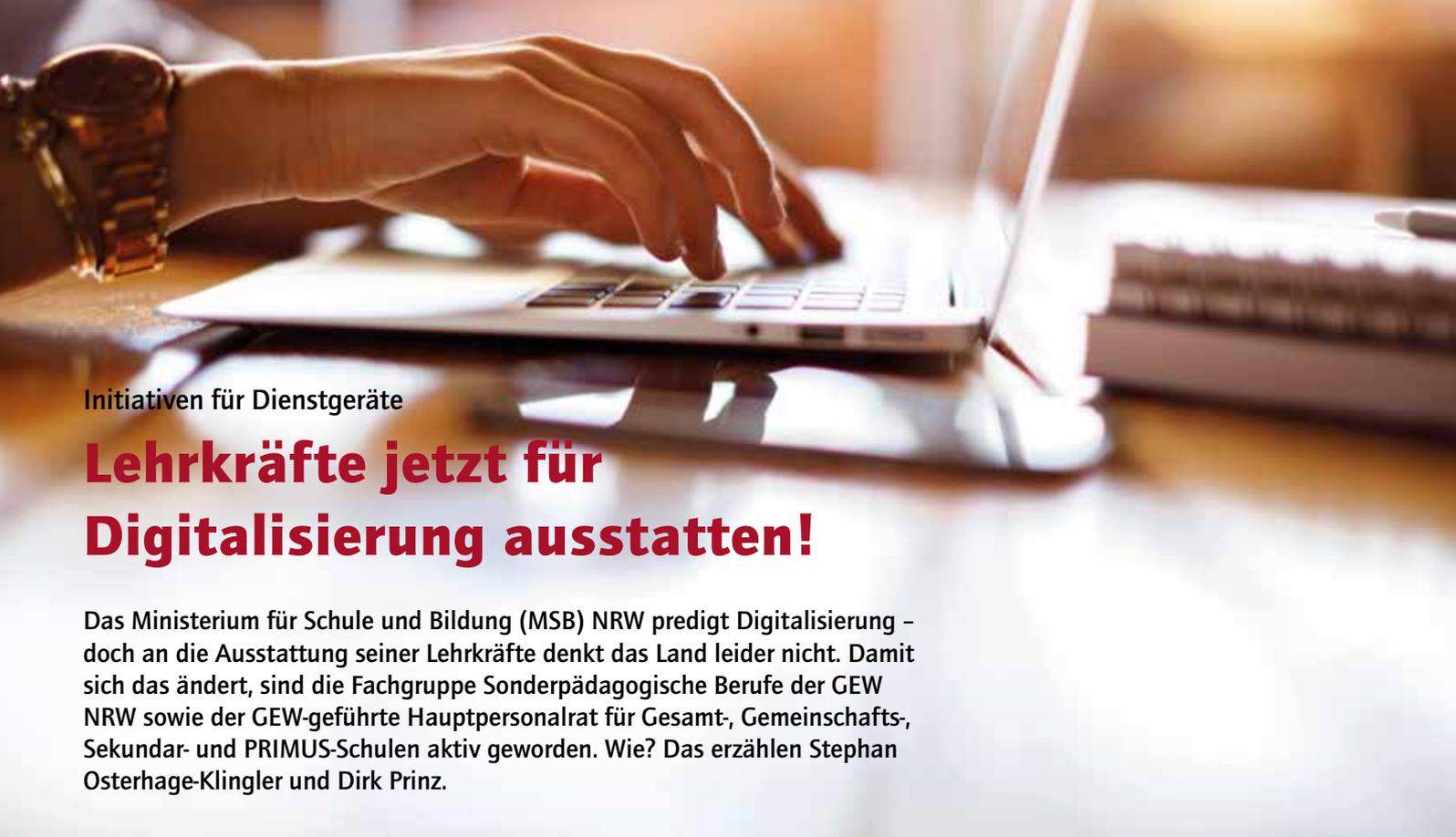
Varkey Foundation: Infos zur Arbeit der Stiftung

www.varkeyfoundation.org



Thomas Gesterkamp
freier Journalist





Initiativen für Dienstgeräte

Lehrkräfte jetzt für Digitalisierung ausstatten!

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW predigt Digitalisierung – doch an die Ausstattung seiner Lehrkräfte denkt das Land leider nicht. Damit sich das ändert, sind die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW NRW sowie der GEW-geführte Hauptpersonalrat für Gesamt-, Gemeinschafts-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen aktiv geworden. Wie? Das erzählen Stephan Osterhage-Klingler und Dirk Prinz.

Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW NRW

Gutachten nicht auf privaten Endgeräten verfassen!

nds: Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW NRW arbeitet gerade intensiv zum Thema digitale Endgeräte für Lehrer*innen. Was wollt ihr bewirken?

Stephan Osterhage-Klingler: Nach aktueller Rechtslage ist es verboten, zum Beispiel sonderpädagogische Gutachten auf privaten Endgeräten zu verfassen. Diese Aufgabe gehört aber vor allem für Sonderpädagog*innen zum Kerngeschäft. Gleichzeitig stehen unseren Kolleg*innen sowohl in den Förderschulen als auch im Gemeinsamen Lernen sehr wenige bis gar keine dienstlichen Endgeräte zur Verfügung. Das führt dazu, dass sonderpädagogische Gutachten derzeit eigentlich kaum rechtskonform verfasst werden können. Hier sehen wir das Land NRW in der Pflicht, Abhilfe zu schaffen.

Aus unserer Sicht gibt es nur eine sinnvolle Lösung: die Ausstattung aller Lehrkräfte mit mobilen dienstlichen Endgeräten. Denn der zeitliche Aufwand beim Erstellen von Gutachten ist so groß, dass dies nicht in einzelnen Freistunden oder kurz nach Unterrichtsschluss an Geräten in der Schule zu leisten ist.

Worauf reagiert ihr mit eurer Initiative?

Das Problem der fehlenden Endgeräte ist auch im Schulministerium seit Langem bekannt. Es hat sich der Problematik in einer FAQ-Liste auf

seiner Webseite angenommen. Analog dazu hat das MSB kürzlich in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Landtag dargelegt, dass aus seiner Sicht die Gutachten auf privaten Endgeräten anonymisiert verfasst werden sollen. Später sollen dann auf den wenigen vorhandenen dienstlichen Endgeräten die fehlenden Daten ergänzt werden. Das halten wir für völlig realitätsfern und nicht umsetzbar!

Ein Gutachten gemäß der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sonderpädagogische Förderung ist sehr individuell zu verfassen und enthält neben den eindeutig personenbezogenen Daten viele personenbeziehbare Daten, zum Beispiel die Anamnese, das schulärztliche Gutachten oder die Kind-Umfeld-Analyse. All das kann nicht erst später ergänzt werden! Deshalb haben wir auf die Einschätzung des Schulministeriums reagiert und uns gemeinsam mit der GEW-Landesvorsitzenden Dorothea Schäfer in einem Brief direkt an Schulministerin Yvonne Gebauer gewandt.

Was sind eure nächsten Schritte?

Aktuell erhoffen wir uns eine Rückmeldung der Ministerin. Dann schauen wir, wie wir damit weiter umgehen können. Gleichzeitig suchen wir als Fachgruppenausschuss nach wie vor das Gespräch mit Mitgliedern des Schulausschusses, um auf die Problematik hinzuweisen.

Derzeit überarbeitet das Schulministerium die gültige „Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern“, kurz: VO-DV I. Es gibt erste Hinweise, dass das Ministerium versuchen möchte, die Gutachten einfach auch auf privaten Endgeräten freizugeben. Das halten wir genau wie die Landesdatenschutzbeauftragte für nicht zielführend, da dann die gesamte Verantwortung für den Datenschutz und damit auch das Risiko auf die Kolleg*innen abgewälzt wird.

Was empfiehlt ihr den Kolleg*innen in den Schulen bis dahin?

Momentan kann man allen Kolleg*innen nur davon abraten, Gutachten auf einem privaten Endgerät zu verfassen – wohlwissend, dass es keine echte Alternative oder Lösung gibt. Das handschriftliche Verfassen von Gutachten wäre zwar rechtskonform, ist aber sicherlich mit erheblichem Mehraufwand verbunden.

Daher raten wir allen Kolleg*innen: Stimmt euch innerhalb der Schule ab und vereinbart ein gemeinsames Vorgehen, um nicht alleine dazustehen! Gleichzeitig sollte unbedingt jede Schule eine Problemanzeige erstellen, um den Druck auf das Schulministerium weiter zu erhöhen, sich endlich der Problematik anzunehmen. //

Hauptpersonalrat für Gesamt-, Gemeinschafts-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen

Niemand kann gezwungen werden, private Geräte zur Verfügung zu stellen

nds: Der HPR arbeitet gerade intensiv zum Thema digitale Endgeräte für Lehrer*innen. Was fordert ihr?

Dirk Prinz: Wir haben im Laufe der letzten Monate drei Initiativanträge gestellt:

Im ersten Antrag geht es um die sogenannte „Rahmenmediennutzungsordnung“ aus dem Beteiligungsprozess zu LOGINEO NRW. Wir fordern, dass sie verbindlich für alle Schulen gilt, damit zum Beispiel die Frage der Erreichbarkeit der Beschäftigten per E-Mail einheitlich für alle Schulen in NRW geregelt ist – unabhängig vom genutzten Endgerät oder der von der Schule genutzten Kommunikationsplattform.

Mit dem zweiten Antrag wollen wir erreichen, dass die Fachleiter*innen an den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfSL) schnellstmöglich mit digitalen, mobilen Endgeräten ausgestattet werden. Sie verfügen im ZfSL nämlich über keinen eigenen Arbeitsplatz, müssen aber in großem Umfang personenbezogene Daten der Lehramtsanwärter*innen verarbeiten. Ebenso wie die Beschäftigten in den Schulen sind auch die allermeisten Fachleitungen nicht dafür qualifiziert, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das ist im Übrigen auch die Ansicht der Landesbeauftragten für Datenschutz.

Und worum geht es im dritten Initiativantrag?

Ende 2018 kam ein Gutachten für den Landtag zu dem Schluss, dass das Land NRW als Arbeitgeber der Lehrer*innen die Verantwortung

für deren Ausstattung mit Endgeräten nicht allein den Schulträgern zuweisen kann. Insofern haben wir den betroffenen Personenkreis auf alle Lehrkräfte an unseren Schulen erweitert.

Darüber hinaus erwarten wir, dass die laufend notwendigen Administrations- und Supportaufgaben nicht mehr von Lehrkräften geleistet werden, die dafür nicht ausgebildet sind. Ebenso fordern wir ein umfassendes Fortbildungskonzept für Lehrkräfte. Angesichts des Fortbildungsbedarfs auch für andere Bereiche – zum Beispiel für Inklusion und Integration – und der sich häufenden Überlastungsanzeigen ganzer Kollegien kann das allerdings nicht auch noch „on top“ realisiert werden. Nicht nur hier braucht es vor allem eine zusätzliche Ressource: Zeit!

Worauf reagiert ihr mit euren Anträgen?

Wir haben als Hauptpersonalrat schon im Beteiligungsprozess zu LOGINEO NRW diese Forderungen erhoben, allerdings weitgehend ohne Erfolg. Die zahlreichen Proteste auf die von uns abgelehnte Dienstanweisung „Automatisierte Datenverarbeitung“ – artikuliert in Beschlüssen von Personalversammlungen und Resolutionen von ganzen Kollegien – belegen aber eindeutig: Das gemeinsame Ignorieren der detaillierten Datenschutzvorschriften und das Hoffen darauf, dass nichts passiert, trägt zunehmend nicht mehr. Abgesehen davon erscheint es dem Hauptpersonalrat verantwortungslos, dass das Schulministerium die Kolleg*innen mit den – nicht nur datenschutzrechtlichen – Problemen allein lässt.

Wie geht es weiter?

Das Schulministerium hat den ersten Initiativantrag aus formalen Gründen abgelehnt, wir werden ihn in veränderter Form noch einmal vorlegen oder gar vor Gericht gehen.

Bei den beiden anderen Anträgen hat das Ministerium mittlerweile seine brüske, zurückweisende Haltung aufgegeben, aber es ist noch nicht absehbar, wann die ersten Geräte tatsächlich an Beschäftigte ausgegeben werden. Mit dem Digitalpakt zwischen Bund und Ländern hat sich der Druck aufs Land erhöht, aber auch der finanzielle Spielraum erweitert.

Was sollten die Kolleg*innen in den Schulen bis dahin wissen?

Klar ist weiterhin: Niemand kann gezwungen werden, die eigenen Geräte zur Verfügung zu stellen, um den alltäglichen Schulbetrieb zu gewährleisten. Andernfalls sollten sich betroffene Kolleg*innen an ihren GEW-Personalrat wenden! //



GEW NRW: Themenseite „Digitalisierung“
www.gew-nrw.de/digitalisierung



Fotos: iStock.com / damircudic, stockfour

GEW NRW: Dienstgeräte sind ein Muss

Spätestens seit der Einführung von LOGINEO fordert die GEW NRW Dienstgeräte für Lehrkräfte – und hat wichtige Unterstützer*innen.

Lehrkräfte können die Digitalisierung in der Bildung nur rechtssicher und ohne Angst vor Haftung aus Datenschutz- oder Urheberrechtsgründen stemmen, wenn sie ausgestattet werden mit dienstlichen Endgeräten, die auch vom Dienstherrn entsprechend gewartet werden. Das hat die GEW NRW bereits 2017 im Prozess zur digitalen Arbeits- und Kommunikationsplattform LOGINEO gefordert.

Beim Digitalisierungskongress der GEW NRW im November 2018 stimmte auch Mathias Richter,

Staatssekretär im Schulministerium, der Forderung der Bildungsgewerkschaft zu. Dem Ministerium gehe es nun um die Finanzierung und die entsprechende Beteiligung der Kommunen als Schulträger.

Die GEW-Forderung wird von Datenschützer*innen unterstützt und mittlerweile auch von einem juristischen Gutachter, der die Forderung für den Landtag geprüft hat: Dr. Michael Wrase vom Wissenschaftszentrum Berlin kommt sogar zu der Auffassung, dass bei Nichtzurverfügungstellung eine Lehrkraft gegenüber dem Dienstherrn einen Anspruch verwirklichen könnte. Dies prüft die GEW NRW derzeit.

*Ute Lorenz, Referentin für Beamt*innenrecht und Mitbestimmung der GEW NRW*

Kommentar zum Tag der Arbeit

Europa. Jetzt aber richtig!

Der DGB stellt den 1. Mai 2019 unter das Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ Unser Ziel ist es, möglichst viele Arbeitnehmer*innen davon zu überzeugen, zur Wahl zu gehen und den europäischen Kurs der nächsten Jahre mitzubestimmen.

In der Vergangenheit nutzten diese Chance leider nur wenige Wahlberechtigte, mehr als die Hälfte von ihnen blieb zu Hause. Das hat sicher auch damit zu tun, dass wir uns – ermöglicht durch Europa – an den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand gewöhnt haben. Der europäische Zusammenhalt schien lange Zeit selbstverständlich zu sein, egal wie das Europäische Parlament zusammengesetzt ist.

Europäische Herausforderungen solidarisch meistern

Diese Gewissheit gibt es bei dieser Wahl leider nicht mehr. Europa steht vor riesigen Herausforderungen. Digitalisierung, Klimawandel, Migration und große wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten verlangen nach Antworten. Viele Menschen glauben, dass diese in mehr Nationalstaat und weniger Europa liegen. Die Brit*innen haben gleich ganz Nägel mit Köpfen gemacht und sich für den Austritt entschieden.

Osteuropäische Regierungen, allen voran Ungarn, haben die EU zum Feindbild erklärt und werben mit europafeindlichen Kampagnen. Auch in Deutschland sind rechtspopulistische Kräfte erstarkt, die gegen Europa mobilisieren.

Für die Gewerkschaften ist klar: Das ist der falsche Weg. Internationale Probleme lassen sich nicht national lösen. Wir brauchen mehr Solidarität und nicht weniger. Und ein friedliches Zusammenleben in Europa ist eben nicht selbstverständlich, es muss jeden Tag gestärkt und verteidigt werden. Wir müssen nur 75 Jahre in unserer Geschichte zurückblicken, um zu sehen, wohin es führt, wenn ein Land nur an sich selber denkt: zu 50 Millionen Toten und einem Kontinent in Schutt in Asche.

Es gibt noch weitere wichtige Argumente dafür, die Europäische Union nicht aufs Spiel zu setzen. Durch die gemeinsame Währung, die Personen- und Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit und zahlreiche Gesetze und Richtlinien prägt die

EU die Arbeits- und Lebenswelt einer*s jeden Einzelnen von uns. Und sie ist entscheidend für unseren Wohlstand, gerade in Nordrhein-Westfalen. 2017 exportierten Unternehmen aus NRW Waren im Wert von 126 Milliarden Euro in die EU-Staaten, das sind 66 Prozent der Exporte insgesamt. NRW ist damit ein starker Wirtschaftsfaktor in Europa. Entsprechend hart trifft manche Unternehmen der Brexit, viele Kolleg*innen machen sich Sorgen, welche Auswirkungen das auf ihren Arbeitsplatz hat.

Wichtige Reformen mit allen EU-Staaten umsetzen

Natürlich ist Europa nicht perfekt. Der neoliberalen Geist hat viel zu lange die Politik in Brüssel bestimmt. Wirtschaftliche Ziele stehen bisher deutlich im Vordergrund, Arbeitnehmer*innenrechte und Soziales spielen eine viel zu geringe Rolle. Auch das ist ein Grund, warum sich manche Menschen enttäuscht von Europa abwenden. Um Europa zusammenzuhalten, müssen wir es daher weiterentwickeln und gute Arbeit, faire Löhne und ein hohes soziales Schutzniveau in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen eine europaweite Stärkung der Tarifbindung, bessere Mitbestimmung, armutsfeste Mindestlöhne in allen EU-Staaten und EU-Standards für die Arbeitslosenversicherung. Anstelle von Spardiktaten brauchen wir eine Investitions-offensive, um Wachstum, Arbeitsplätze, Bildung und Wohlstand zu sichern und die Klimaziele zu erreichen.

Diese wichtigen Reformen bekommen wir nur gemeinsam hin, mit allen EU-Staaten zusammen. Europa ist die Lösung, nicht das Problem. Deshalb: Europa. Jetzt aber richtig! //



DGB NRW: 1. Mai 2019
www.nrw.dgb.de/1mai2019



GEW NRW: Themenseite „Europawahl“
www.gew-nrw.de/europawahl-2019



Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2019
www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019



Anja Weber

Vorsitzende des DGB NRW

Foto: Thomas Range, DGB NRW



Foto: iStock.com / Orban Alija

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

Schüler*innen lieben klare Ansagen! Mehr Stimme – mehr Präsenz – mehr Lehrer*in

Termin: 15.06.2019, 10.00–16.00 Uhr
Tagungsort: Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)
Referent: Pedro Carlos de Castro, Stimmtrainer
Teilnahmebeitrag: 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Inhalte: Stimmtraining-Basics und wesentliche Voraussetzungen einer glaubwürdigen Körpersprache, Werkzeuge für eine farbenfrohe, empathisch wirkende Stimme, Entwicklung der Darstellungsfähigkeiten mithilfe spielerischer Körperübungen und Reflexionen über Alltagsmuster

„Jetzt seid doch mal ruhig!“ – Störungsprävention im Unterricht

Termin: 06.07.2019, 10.00–16.00 Uhr
Tagungsort: Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)
Referentin: Carolin Sponheuer
Teilnahmebeitrag: 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Inhalte: Ursachen von Unterrichtsstörungen, Reflexion des eigenen Lehrer*inverhaltens, nonverbale Interventionen, Regeln und Rituale, Umgang mit Machtkämpfen, Stringenz im Unterricht und andere Strategien zur Störungsprävention

Anmeldung:

Anmeldeformulare unter www.gew-nrw.de/fortbildungen; GEW NRW, Bettina Beeftink, Nünningstraße 11, 45141 Essen, E-Mail: bettina.beeftink@gew-nrw.de, Fax: 0201-29403 34. Rund vier Wochen vor dem jeweiligen Seminar wird eine Anmeldebestätigung verschickt. **Schnellstmögliche Anmeldung erforderlich!**



LEHRERRÄTE FIT! MACHEN SICH FORTBILDUNGEN



Alle Veranstaltungen finden jeweils von 9.00 bis 16.30 Uhr statt.
 Weitere regionale Angebote unter www.gew-nrw.de/fortbildungen

Anmeldung:

Anmeldeformulare unter www.gew-nrw.de/fortbildungen, svenja.tafel@gew-nrw.de, Fax: 0201-29403 45
 Weitere Infos: www.lehrerrat-online.de

Basisqualifizierungen

- ◆ StV Köln 21. Mai 2019
- ◆ StV Münster 13. Juni 2019

Nr. 2 – Mitbestimmung bei Mehrarbeit

- ◆ StV Bochum 21. Mai 2019
- ◆ StV Köln 28. Mai 2019

Nr. 3 – Systematisch, rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten

- ◆ StV Bielefeld 12. Juni 2019
- ◆ StV Bochum 17. Juni 2019



WEITERBILDUNGSANGEBOTE

WBG 19-142 Dazwischen – Im Spannungsfeld des Schulalltags

Termin: 17.05.2019, 16.00–20.00 Uhr bis
 18.05.2019, 9.00–16.30 Uhr
Tagungsort: Essen
Referentin: Iris Wischermann-Wiesemann
Teilnahmebeitrag: 90,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 160,- Euro (Nichtmitglieder) 

Ein gelingendes Miteinander aller Ansprechpartner*innen (Schulsozialkraft, Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern) wird häufig durch die Komplexität des Arbeitsumfeldes gestört. Diesen Störungen begegnen wir mit emotionalem Selbstmanagement, mit Gelassenheit und Selbstsicherheit für eine professionelle Abgrenzung mit Fokus auf die Aufgabenstellung.

Die Teilnehmer*innen sind eingeladen, nach einer Methode von Ruth Cohn, individuelle Handlungsstrategien in enger Verknüpfung mit professionellen Managementlösungen kennenzulernen.

Es werden die drei Rollen des Drama-Dreiecks vermittelt und strukturierte Lösungsansätze definiert.

WBG 19-141 Eigentlich wollte ich mit Kindern arbeiten

Termin: 14.06.2019, 16.00–20.00 Uhr bis
 15.06.2019, 9.00–16.30 Uhr
Tagungsort: Essen
Referentin: Iris Wischermann-Wiesemann
Teilnahmebeitrag: 90,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 160,- Euro (Nichtmitglieder)

Zwischen Betreuung, Diagnostik und Ansprüchen. Die zunehmenden Anforderungen an Erzieher*innen verlangen immer mehr Ausdauer und Antreiber sind Botschaften unserer Kindheit, die Eltern oder andere Bezugspersonen uns vermittelt haben. Sie sind restriktiv und einschränkend. Der Mensch muss stetig seine Strategien zu den Herausforderungen des Lebens überprüfen und erneuern. Die Methoden der Transaktionsanalyse dienen dazu, diese Veränderungsprozesse anzuregen und zu gestalten. Das Ziel dabei ist, eine größtmögliche Autonomie zu erlangen. Die Transaktionsanalyse ist eine Theorie, die sowohl die Entwicklung als auch die Veränderung der Persönlichkeit fördert. Sie wirkt ganzheitlich auf unser Denken, Fühlen und Handeln.

WBG 19-125 Sozialkompetenz stärken – Selbstbewusstsein gewinnen

Termin: 14.06.2019, 9.00–17.00 Uhr
Tagungsort: Raum für Tanzimpulse, Schweinheimer Str. 54, 51067 Köln
Referent*in: Nicole Stefan-Schick und Moritz C. Möller
Teilnahmebeitrag: 90,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 160,- Euro (Nichtmitglieder)

In diesem Workshop erfahren die Teilnehmenden, wie sie mit Tanz und Bewegungstheater das Selbstbewusstsein ihrer Schüler*innen stärken und das Miteinander fördern können. Es geht darum, die Kraft der Körpersprache wahrzunehmen und bewusst einzusetzen. Wir erfahren und erproben zum Beispiel die Bedeutung der inneren Haltung für die äußere und die Wirkung auf andere. Methoden und Techniken aus dem Tanz helfen uns dabei, dies spielerisch und körpernah zu erfahren.

Anmeldung:

Anmeldeformulare unter www.gew-nrw.de/fortbildungen, DGB-Bildungswerk NRW e.V., c/o GEW NRW, Nünningstraße 11, 45141 Essen, Tel.: 0201-29403 26, Fax: 0201-29403 17, E-Mail: weiterbildung@gew-nrw.de

Für die Planung und Durchführung ist das DGB-Bildungswerk NRW e.V. verantwortlich.



Wissenswertes

für Angestellte und



Fürsorgepflicht und Schwerbehinderung

Land trägt Kosten für Personenaufzug

Nach § 164 Absatz 4 Sozialgesetzbuch (SGB) IX ist ein Arbeitgeber verpflichtet, für einen behindertengerechten Arbeitsplatz zu sorgen. Vor diesem Hintergrund hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe entschieden, dass das Land Baden-Württemberg die Kosten für den Einbau eines Personenaufzuges wegen eines gehbehinderten Lehrers tragen muss (12 K 6942/17).

Das Verwaltungsgericht (VG) Karlsruhe klärt damit rechtlich die Zuständigkeitsfrage zwischen der Stadt als Schulträgerin und dem Land als Arbeitgeber – ein Konflikt, der in vielen ähnlichen Fallgestaltungen zutage tritt, auch außerhalb des Schwerbehindertenrechts.

Gericht verpflichtet Land zur Kostenerstattung

Geklagt hatte die Stadt Walldürn als Trägerin der Schule. Sie hatte für einen schwerbehinderten Lehrer einen Aufzug im Schulgebäude einbauen lassen. An den Kosten hatten sich vor der Klage der Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg und das beklagte Land beteiligt. Das VG hat nun der Klägerin die teilweise Übernahme der verbleibenden Kosten durch das Land zugesprochen: Von den insgesamt 60.000,- Euro muss das Land 43.000,- Euro erstatten. Der Aufwendungsersatzanspruch werde der Höhe nach aber unter anderem durch den Wert der Nutzungsmöglichkeiten, die über die Nutzung durch den hilfsbedürftigen Beamten hinausgingen, beschränkt. Deshalb muss das Land nicht den vollen Kostenbetrag erstatten.

Fürsorgepflicht ist Aufgabe des Landes

Wie das VG ausführt, sei die Stadt mit dem Einbau des Aufzuges nicht ihrer Aufgabe als Schulträgerin nachgekommen. Sie habe damit vielmehr die dem beklagten Land gegenüber dem Lehrer obliegende, durch das Schwerbehindertenrecht konkretisierte Fürsorgepflicht erfüllt, welche die behinderungsgerechte Einrichtung des Arbeitsplatzes umfasse. Zwar sei die Klägerin als Schulträgerin verpflichtet, das Schulgebäude zu errichten und zu unterhalten. Diese Verpflichtung umfasse auch die Herstellung der Zugänglichkeit oberer Stockwerke als solche, die für den allgemeinen Schulbetrieb aber durch Treppen gewährleistet sei. Eine Verpflichtung zur Errichtung von Sonderausstattungen, die durch die individuelle Hilfsbedürftigkeit einzelner Lehrer*innen bedingt sei, bestehe für die Klägerin als Schulträgerin demgegenüber nicht.

Ute Lorenz / Verwaltungsgericht Karlsruhe

Mehr unter www.gew-nrw.de/online-archiv (Webcode: 236788)

Elternzeit

Kürzung des Urlaubs ist rechtmäßig

Der gesetzliche Urlaubsanspruch besteht auch für den Zeitraum der Elternzeit, er kann jedoch vom Arbeitgeber nach § 17 Absatz 1 Satz 1 Bundeselterngeldgesetz (BEEG) gekürzt werden. So hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 19. März 2019 entschieden (9 AZR 362/18).

Nach dem Urteil des BAG konnte eine Klägerin die Abgeltung für einen ungekürzten Urlaubsanspruch in der Elternzeit nicht durchzusetzen. Das BAG hat § 17 BEEG angewendet und die Kürzung nach folgenden Grundsätzen als gerechtfertigt angesehen: Möchte der Arbeitgeber von seiner ihm durch § 17 Absatz 1 Satz 1 BEEG eingeräumten Befugnis Gebrauch machen, den Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel zu kürzen, muss er eine darauf gerichtete empfangsbedürftige rechtsgeschäftliche Erklärung abgeben. Dazu ist es ausreichend, dass für die*den Arbeitnehmer*in erkennbar ist, dass der Arbeitgeber von der Kürzungsmöglichkeit Gebrauch machen will. Das Kürzungsrecht des Arbeitgebers erfasst auch den vertraglichen Mehrurlaub, wenn die Arbeitsvertragsparteien für diesen keine von § 17 Absatz 1 Satz 1 BEEG abweichende Regelung vereinbart haben.

Auch für Beamt*innen regelt die Freistellungs- und Urlaubsverordnung diese Kürzung in § 18 Absatz 4: „Während eines Urlaubs oder einer Freistellung ohne Besoldung wird der für das Urlaubsjahr zustehende Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat der Beurlaubung, Freistellung, Elternzeit (Teil 3) oder Pflegezeit (Teil 4) um ein Zwölftel gekürzt. Die Kürzung unterbleibt, wenn zeitgleich eine Teilzeitbeschäftigung bei dem eigenen Dienstherrn ausgeübt wird.“

Das Urteil ist für Arbeitnehmer*innen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst umsetzbar. Da bei Lehrkräften der Urlaub mit den Ferien abgegolten ist, kann diese Regelung für sie kaum Anwendung finden.

Ute Lorenz / Bundesarbeitsgericht

Mehr unter www.gew-nrw.de/online-archiv (Webcode: 236806)

Neue Broschüre der GEW NRW

Datenschutz in der Schule



Schulleitungen und Lehrkräfte sind verunsichert, wenn es um digitales Arbeiten und Datenschutz geht: Darf ich Zeugnisse mit meinem privaten PC schreiben? Darf ich Telefonlisten meiner Klasse speichern und weitergeben? Sollte ich als Schulleitung die Nutzung privater PCs genehmigen? Zur Beantwortung dieser Fragen ist es sinnvoll, sich die derzeit gültige Rechtslage genauer anzusehen. Dabei hilft die Broschüre „Datenschutz in der Schule“ der GEW NRW – einfach und verständlich. **Download unter www.tinyurl.com/datenschutz-endgeraete**

Stephan Osterhage-Klingler

Beamt*innen rund um den Arbeitsplatz

Sitzungen des Personalrats

Teilnahme ist gesetzliche Pflicht

Gilt ein Personalratsmitglied gemäß Personalvertretungsgesetz als verhindert, wenn es, statt an der Personalratssitzung teilzunehmen, seine Aufgabe als Vertrauensperson für Schwerbehinderte wahrnimmt? Nein – so hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschieden (OVG 60 PV 8.17).

Die Teilnahme an der Personalratssitzung ist keine freiwillige Tätigkeit, sondern eine gesetzliche Pflichtaufgabe. In welchen Fällen ein Mitglied als verhindert gilt und nicht an der Sitzung teilnehmen muss, regelt § 28 Absatz 1 Satz 2 Personalvertretungsgesetz (PersVG) Berlin – gleichzusetzen mit § 28 Absatz 1 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) NRW.

Wenn – wie in diesem Fall – Personalratsmitglieder ihr Recht auf Nichtteilnahme beziehungsweise Ersatzmitglieder ihr Recht auf Einladung und Teilnahme einfordern, muss die*der Personalratsvorsitzende entscheiden, ob die Begründung den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht. Termine als Vertrauensperson der Schwerbehinderten – hier ein Gespräch zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement – können entweder anders gelegt oder von der Stellvertretung übernommen werden. Sie sind deshalb kein Verhinderungsgrund. *Ute Lorenz*

Mehr unter www.gew-nrw.de/online-archiv (Webcode: 236830)

Amtspflichtverletzung

Lehrkräfte sind für die Erste Hilfe zuständig

Leisten Lehrkräfte bei einem Unfall in der Schule nicht ausreichend Erste Hilfe, kann für verunfallte Schüler*innen ein Anspruch auf Schadensersatz gegen das Land als Träger des Amtshaftungsanspruchs entstehen. So hat der Bundesgerichtshof (BGH) am 4. April 2019 entschieden (III ZR 35/18).

Der BGH bewertet die unzureichende Erste Hilfe der Lehrkraft im vorliegenden Fall als Amtspflichtverletzung und hält daher einen Amtshaftungsanspruch beziehungsweise Schadensersatzanspruch für möglich. Der BGH verknüpft seine Entscheidung mit grundlegenden Aussagen:

1. Sportlehrer*innen des beklagten Landes obliegt die Amtspflicht, erforderliche und zumutbare Erste-Hilfe-Maßnahmen rechtzeitig und ordnungsgemäß durchzuführen. Um dies zu gewährleisten, müssen Sportlehrer*innen über eine aktuelle Ausbildung in Erster Hilfe verfügen.
2. Eine Haftung des beklagten Landes (§ 839 BGB, Artikel 34 GG) kommt nicht nur im Fall grober Fahrlässigkeit in Betracht. Auch bei weniger schwerwiegendem Verschulden kann ein Schadensersatzanspruch gegeben sein.

Der BGH formuliert hier – zugunsten des geschädigten Schülers – schwerwiegende Amtspflichten für Lehrkräfte, insbesondere für Sportlehrkräfte. Allerdings ist zugleich der Dienstherr verpflichtet, die Lehrkräfte entsprechend fortzubilden. Hieran fehlt es zum Teil. *Ute Lorenz*

Mehr unter www.gew-nrw.de/online-archiv (Webcode: 236842)

DIE WISSENSECKE

Diskriminierung von Lehrkräften

Nach § 7 des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) dürfen Beschäftigte – auch Lehrkräfte – nicht durch Arbeitgeber, Vorgesetzte, andere Beschäftigte oder Dritte benachteiligt werden. Andernfalls haben sie nach § 13 AGG das Recht, sich bei vom Arbeitgeber zu benennenden Stellen zu beschweren.

Der Arbeitgeber muss nach § 12 AGG Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligungen treffen und die für Beschwerden nach § 13 AGG zuständigen Stellen bekannt machen. Die Schulleitung ist dem AGG verpflichtet und muss sich im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht nach § 3 Allgemeine Dienstordnung (ADO) einer Diskriminierung entgegenstellen.

Personalvertretungen helfen

Personalvertretungen müssen gemäß § 62 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) NRW darauf achten, dass Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Herkunft, Abstammung oder sonstiger Herkunft, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung oder Einstellung, Geschlecht oder sexueller Identität unterbleibt. Nach § 64 LPVG wacht der Personalrat darüber, dass „die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze [...] durchgeführt werden“. Er nimmt „Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten entgegen [...]“ und wirkt „durch Verhandlung mit der Dienststelle auf ihre Erledigung hin [...]“. Betroffene können sich also an ihre Personalvertretung wenden – auch an den Lehrerrat.

Ausnahme: Religiöse und weltanschauliche Träger

Nach § 9 AGG können religiöse oder weltanschauliche Träger „ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses“ von ihren Beschäftigten verlangen. Wie diese Vorschrift auszulegen ist und inwieweit sie europäischen Vorgaben entspricht, ist rechtlich noch im Fluss. Das Bundesverfassungsgericht bewertet zum Beispiel ein pauschales Kopftuchverbot als verfassungswidrig, akzeptiert jedoch das Kopftuchverbot im Referendariat. Der Europäische Gerichtshof differenziert: Ob religiös oder weltanschaulich begründete Auflagen für Beschäftigte – etwa das Verbot einer Wiederheirat – gerechtfertigt sind, hängt davon ab, ob sie eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellen.

Unterstützung für GEW-Mitglieder

GEW-Mitglieder können für die Beratung und im Streitfall auf den gewerkschaftlichen Rechtsschutz zurückgreifen. Erfahrungsaustausch und kollegiale Beratung bieten außerdem die Landesarbeitsgruppe LSBTI* oder lokale Arbeitsgruppen der GEW NRW. *Ute Lorenz*

Übersicht der LSBTI*-Arbeitsgruppen: www.schwule-lehrer.de

Wissenswertes

zum Schulrecht

Fridays for Future: Souveräne Schulleitungen

Bei ihrem Versuch, die Demos „Fridays for Future“ zu skandalisieren, hofft die AfD vergeblich auf empörte Schulleitungen. „Haben sich Schulleiter bei dem Ministerium für Schule und Bildung oder bei den zuständigen Bezirksregierungen gemeldet und Beschwerde über die [...] Demonstrationen geäußert?“, fragt die AfD in einer Kleinen Anfrage unter anderem. Die vollständige Antwort der Landesregierung: „Nein.“

Landesregierung: Antwort auf Kleine Anfrage der AfD

Webcode: 236768

Inklusion: Evaluation des 9. SchRÄG

Der Landtag erhält den „Bericht des Ministeriums für Schule und Bildung zur Evaluation des Ersten Gesetzes zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz).“ Dem Bericht sind Herleitungen und Begründungen der Neuausrichtung der Inklusion zu entnehmen.

MSB NRW: Bericht zur Evaluation des 9. SchRÄG

Webcode: 236836

Stichtag für die Einschulung

Mit dem 5. Schulrechtsänderungsgesetz wurde der Einschulungsstichtag dauerhaft auf den 30. September festgelegt. Nun legt das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW einen Bericht dazu vor. Der Bericht befasst sich nicht nur mit der Rechts- und Sachlage rund um den Einschulungsstichtag, sondern auch mit der Zurückstellung vom Schulbesuch sowie mit der individuellen Förderung und der Schuleingangsphase.

MSB NRW: Bericht „Stichtag Einschulung“

Webcode: 236774

Novellierung der Ersatzschulverordnung

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW berichtet über den Verfahrensstand bei der Novellierung der Ersatzschulverordnung (ESchVO): „Derzeit befindet sich die Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ersatzschulen (4. ÄVOzESchVO) im Entwurfsstadium und unterliegt der hausinternen Abstimmung. Bei der als Entwurf vorliegenden und den Fachverbänden bekannten Fassung der Änderungsverordnung zur ESchVO handelt es sich somit gegenwärtig um eine inhaltliche Ausgestaltung, die auf Planungen der Vorgängerregierung fußt. Sie wird daher in dieser Form keine Rechtskraft erlangen, sondern absehbar im weiteren Gesprächsprozess Änderungen erfahren.“ Die ESchVO soll grundsätzlich modernisiert und angepasst werden an die Rechtsprechung sowie an die Vorschriften für den staatlichen Schuldienst, die sich aus der Weiterentwicklung der Lehrer*innenausbildung ergeben. „Die Änderungen beziehen sich im Wesentlichen auf Vorschriften zum Feststellungsverfahren für Lehrkräfte und für (stellvertretende) Schulleitungen.“

MSB NRW: Bericht zum Thema „Ersatzschulverordnung“

Webcode: 236822

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht

CDU und FDP legen den Gesetzentwurf „Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)“ vor. Darin wird die bisherige Beiratskonstruktion geändert: „Es gibt weiterhin ein Gremium (bisher Beirat), das gegenüber dem Ministerium die Anliegen und die Interessen der islamischen Organisationen bei der Durchführung des islamischen Religionsunterrichts vertritt und die in § 132a SchulG bestimmten Aufgaben wahrnimmt und fortführt. Das Gremium wird allerdings staatsfern ausgestaltet. Damit orientiert es sich noch näher an den Grundsätzen des Religionsverfassungsrechts. [...] Das Gremium konstituiert sich nicht mehr als ‚vom Ministerium gebildeter Beirat‘, sondern als ‚Kommission für den islamischen Religionsunterricht‘ (Kommission). Die Mitgliedschaft in der Kommission ist grundsätzlich jeder islamischen Organisation eröffnet, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt und mit der das Land einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Zusammenarbeit zum islamischen Religionsunterricht abschließt. Im Unterschied zum bisherigen Beiratsmodell ist die Vertretung der organisierten Muslime damit nicht mehr auf vier Personen und damit auf vier Organisationen begrenzt (derzeit § 132a Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 SchulG).“

CDU- und FDP-Landtagsfraktionen: Gesetzentwurf

Webcode: 236834

Neue Steuerung der Inklusion

Die Landesregierung widerspricht in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD dem Vorwurf, Gymnasien seien aus dem Inklusionsprozess weitgehend ausgeklammert. „Damit ist es die Aufgabe von Bezirksregierung und Schulamt zu ermitteln, wie viele Schulen am Inklusionsprozess beteiligt werden müssen, um für die Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung ein bedarfsgerechtes und erlasskonformes Angebot bereitzustellen. Ebenso trifft die zuständige Schulaufsichtsbehörde die Entscheidung, wie sich dieses Angebot auf die unterschiedlichen Schulformen aufteilt.“ Die Kleine Anfrage bezieht sich explizit auf die Situation in Essen. Dazu die Landesregierung: „Offenbar ist in Essen die Zahl der benötigten Plätze für das Schuljahr 2019/2020 so hoch, dass an allen weiterführenden Schulen Gemeinsames Lernen eingerichtet wird, Gymnasien aber nicht gegen ihren Willen in zieldifferentes Lernen einbezogen werden. Das tatsächliche Ergebnis des Anmelde- und Aufnahmeverfahrens bleibt abzuwarten.“

Landesregierung: Antwort auf Kleine Anfrage der SPD

Webcode: 236795



Die geschützten Dokumente sind per Webcode unter www.gew-nrw.de/online-archiv abrufbar. Um auf das Online-Archiv zugreifen zu können, müssen Sie unter www.gew-nrw.de eingeloggt sein. Vor dem ersten Log-in ist eine Registrierung erforderlich.

Kennen Sie schon den Reiseservice der GEW NRW?

Die GdP-Service-GmbH NRW ist das Reisebüro der GEW NRW.

Wir bieten den GEW-Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Möglichkeit, Reisen zu günstigen Preisen mit unserem bewährten Service zu buchen. Wir arbeiten mit nahezu allen namhaften Reiseveranstaltern in Deutschland zusammen (z. B. Studiosus, GeBeCo/ Dr.Tigges - Wikinger - TUI - Meiers-Weltreisen - Thomas Cook - Jahn - ITS - alltours - AIDA - DERTOUREN - Nickotours - FTI - Schauinslandreisen - Costa), sodass wir Ihnen eine breite Produktpalette anbieten können.

Sie haben spezielle Vorstellungen oder Wünsche? Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Urlaubswünsche.

Informieren Sie sich bitte auch über unsere Sonderreisen im Internet.

Hotline:
+49 211 2910160

Noch Fragen?
Unser Reisebüro ist
von Montag bis Freitag,
9.00-18.00 Uhr telefonisch,
persönlich bis 17.00 Uhr erreichbar.

Aktuelle Angebote Ihres Reisebüros



Studiosus*

Schottland im Überblick 8 Tage - Busrundreise

Schottland ist mehr als Highlands und Haggis, Malt Whisky und Loch Ness! Für den perfekten Überblick tauchen Sie ein in die wilden Landschaften der Bens, Glens und Lochs, in die Lebenslust der Städte Edinburgh und Glasgow. Ein Abstecher zu den Hebrideninseln Mull und Iona darf auch nicht fehlen! Entdecken Sie in der großzügigen Gastfreundschaft der Schotten das Gegenteil von Kleinkariertheit!

Im Reisepreis enthalten:

- Bahnreise zum/vom Abflugsort in der 1. Klasse
- Linienflug (Economy Class) ab Frankfurt mit Lufthansa
- Transfers/ Rundreise/ Ausflüge im bequemen Reisebus
- 7 Übernachtungen in bewährten Hotels
- Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Englisches Frühstück, 6x Abendessen im Hotel

Reisetermin zum Beispiel: 03.08.-10.08.2019,
Flug ab/ bis Frankfurt

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 2.014,- Euro**

DERTOUR*

Madrid - Prado, Paläste und Parks

Die wirklich wundervollen Metropolen dieser Welt sind diejenigen, die auf ihre Großartigkeit und ihre Lässigkeit nicht pausenlos hinweisen müssen. Die entspannt sind und ein Format von Weltklasse haben und dies auch wissen. Jetzt neu bei DERTOUREN: Buchen Sie einfach die Food Hopping Tour ab 49,- Euro hinzu.

Reisetermin zum Beispiel: 22.07.-27.07.2019,
Flug ab/ bis Düsseldorf mit Lufthansa,
Hotel H10 Tribeca

Reisepreis p. Person/ DZ/ Frühstück
ab 547,- Euro

Schauinsland Reisen*

V.A.E. - Paradies am Persischen Golf Hilton Ras Al Khaimah

Das komfortable Resort liegt wunderschön eingebettet inmitten einer weitläufigen, tropischen Gartenanlage und bietet insgesamt 324 Zimmer im Hauptgebäude und 151 Zimmer in den Villen, die sich entlang des feinen Sandstrandes erstrecken. Verschiedene Restaurants, Bars und Lounges lassen keine kulinarischen Wünsche offen und servieren unter anderem italienische und internationale Spezialitäten.

In der von Wasserläufen durchzogenen Gartenanlage bilden sechs großzügig angelegte Swimmingpools und zwei Kinderpools mit Sonnterrassen und Pool-/Snackbar eine Oase der Entspannung und Erholung. Liegen, Badetücher und Sonnenschirme stehen am Pool und am Strand kostenfrei zur Verfügung.

Reisetermin zum Beispiel: 17.10.-27.10.2019,
Flug ab/ bis Düsseldorf mit Emirates,
2 Erwachsene, 1 Kind (bis 10 Jahre)

Familienpreis/ DZ/ HP **ab 3.449,- Euro**

Wikinger*

Radeln im Naturparadies Südschweden

In Småland entdecken Sie auf unseren Radtouren die Bilderbuchlandschaft Südschwedens von ihrer schönsten Seite. Sie erkunden die Heimat der weltberühmten Kinderbuchautorin Astrid Lindgren und radeln durch unberührte Wälder mit ihren zahlreichen einsamen, glasklaren Seen und Badeplätzen. Der intensive Sommer mit seinen hellen und warmen Nächten, die Gastfreundschaft der Schweden und die schmackhafte Küche stellen für uns ideale Bedingungen für einen erholsamen Urlaub dar.

Im Reisepreis enthalten:

- Flug ab/ bis Düsseldorf (Economy Class)
- Transfers in Schweden
- 7 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Halbpension
- Kanutour an Tag 5
- Eintritt Gunillaaberg an Tag 6
- Radmiete (7-Gang- Tourenrad und Wikinger Gepäcktasche)
- deutschsprachige, qualifizierte Wikinger-Reiseleitung

Reisetermin zum Beispiel: 14.08.-21.08.2019,
Flug ab/ bis Düsseldorf

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 1.415,- Euro**



Foto: baibaz/ Fotolia

Zwischenverkauf vorbehalten

GdP-Service-GmbH NRW
Gudastraße 9 • 40625 Düsseldorf
Tel. +49 211 2910160
Fax +49 211 2910115
www.gdp-reiseservice.de

GEW NRW: Landesdelegiertenversammlungen

Die Fachgruppenausschüsse (FGA) der GEW NRW laden ein zu ihren Landesdelegiertenversammlungen (LDV). Alle Delegierten erhalten im Vorfeld eine schriftliche Einladung ihres FGA mit allen Details zu ihrer LDV.

- ◆ Sonderpädagogische Berufe:
06.06.2019, DASA Dortmund
- ◆ Berufskolleg:
24.06.2019, DASA Dortmund
- ◆ Grundschule:
25.06.2019, Schwerte
- ◆ Hauptschule:
27.06.2019, DASA Dortmund
- ◆ Gesamtschule:
01.07.2019, DASA Dortmund
- ◆ Realschule:
05.07.2019, DASA Dortmund
- ◆ Gymnasium:
09.09.2019, DASA Dortmund

Podiumsdiskussion zum Hochschulgesetzentwurf

Die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Paderborn lädt alle Interessierten ein zur Diskussion über den Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung. Noch vor der Sommerpause will der NRW-Landtag über den Entwurf abstimmen, der aus gewerkschaftlicher Sicht kritisch zu betrachten ist. Das Gesetz folgt dem Prinzip der unternehmerischen Hochschule. Das führt zu weniger Mitbestimmung von Beschäftigten und Studierenden. Zu Gast sind

- ◆ Prof. Dr. Birgitt Riegraf, Präsidentin der Universität Paderborn
- ◆ Anne Knauf, Abteilungsleiterin Hochschulpolitik des DGB NRW
- ◆ Prof. Dr. Christine Freitag, Studiendekanin der Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Paderborn
- ◆ Nicolai Rodehutsors, Vorsitzender des AstA der Universität Paderborn

Termin: 23.05.2019, 18.00–19.30 Uhr
Ort: Universität Paderborn,
Hörsaal O2

Infos unter paderborn.gew-nrw.de/aktuelles

Nachhaltige Bildung im Pädagogikunterricht

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist nach dem Kernlehrplan ein obligatorisches Thema für das Unterrichtsfach Pädagogik. Was soll aber wann, wie und in welchem zeitlichen Umfang behandelt werden? Eine reine Umweltpädagogik dürfte dabei zu kurz greifen. Im Vortrag der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld, mit Impulsen und in Gesprächen wird nach der Bedeutung von BNE für die Erziehungswissenschaft, das Unterrichtliche und für die Schule als Organisation gefragt.

Termin: 13.06.2019, 9.00–16.00 Uhr

Ort: Universität Bielefeld, Hauptgebäude,
Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld

Infos und Anmeldung unter tinyurl.com/bne-bielefeld

Demo: Ein Europa für alle

Die Europawahl am 26. Mai 2019 ist eine Richtungsentscheidung über die Zukunft der Europäischen Union. Nationalist*innen und Rechtsextreme wollen mit ihr das Ende der EU einläuten und Nationalismus wieder groß schreiben. Das Bündnis „Ein Europa für alle. Deine Stimme gegen Nationalismus!“ hält dagegen und ruft zu Demonstrationen auf: Eine Woche vor der Europawahl gehen europaweit zehntausende Menschen gleichzeitig auf die Straße – unter anderem in Köln.

Termin: 19.05.2019, 11.00 Uhr (Sternmarsch),
12.30 Uhr (Kundgebung)

Orte: Roncalliplatz, Rudolfplatz, Kalk
Kapelle, Chlodwigplatz/ Ubiering
(Startpunkte des Sternmarsches),
Deutzer Werft (Kundgebung)

Infos unter www.ein-europa-fuer-alle.de





Schlossklinik Pröbsting
Private Akutklinik mit intensivem Psychotherapie-Angebot, wunderschön gelegen im Münsterland. Freundliche Mitarbeiter unterstützen Sie engagiert!

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Info-Telefon: 02861/8000-0	Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken www.schlossklinik.de
--------------------------------------	---





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30	Gunzenbachstr. 8 76530 Baden-Baden
------------------------------------	---

www.leisberg-klinik.de

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

Repr. Beispiel gemäß §6a PangV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 41 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 478180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

Aufruf zur Demo: #M23 – Mehr Große für die Kleinen

Das Aktionsbündnis „Mehr Große für die Kleinen“ ruft auf zur Demo für bessere Arbeitsbedingungen in Kitas. Eingeladen sind alle, die für gute frühkindliche Bildung kämpfen: pädagogische Fachkräfte, Eltern und Politiker*innen. Das Bündnis, zu dem auch die GEW NRW gehört, fordert unter anderem mehr Personal für kleinere Gruppen und mehr



Mehr Infos zum
Aktionsbündnis
und zur Demo

individuelle Förderung für die Kinder. Damit mischt sich „Mehr Große für die Kleinen“ ein in die Diskussion um die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz).

Termin: 23.05.2015, 13.30 Uhr (Demozüge)
15.30 Uhr (Kundgebung)

Orte: Startpunkte der Demozüge:
a) DGB-Haus, Friedrich-Ebert-Straße
34-38, 40210 Düsseldorf
b) Rheinkniebrücke,
40545 Düsseldorf
Kundgebung: Rheinpark Golzheim



neue deutsche schule – ISSN 0720-9673
Begründet von Erwin Klatt

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Nünningstraße 11, 45141 Essen

nds-Redaktion
Anja Heifel-Rohden (Tel. 0201-2940355), Sherin Krüger, Jessica
Küppers, Fritz Junkers (verantwortlich), Stefan Brackertz,
Sabine Flögel, Melanie Meier
Bildredaktion und Satz: Daniela Costa, büreau.de
E-Mail: redaktion@nds-verlag.de

GEW-Landesgeschäftsstelle und Kassenverwaltung
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Tel. 0201-2940301, Fax 0201-2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Referat Rechtsschutz Tel. 0201-2940341

Redaktion und Verlag
Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Tel. 0201-2940306, Fax 0201-2940314
Geschäftsführer: Hartmut Reich
E-Mail: office@nds-verlag.de

Herstellung
Basis-Druck GmbH
Springwall 4, 47051 Duisburg

nds-Anzeigen
PIC Crossmedia GmbH
Hitdorfer Straße 10, 40764 Langenfeld
Tel. 02173-985986, Fax 02173-985987
E-Mail: anzeigen@pic-crossmedia.de

Die neue deutsche schule erscheint monatlich.

Gültig ist Anzeigenpreisliste Nr. 55 (Januar 2019).

Für Mitglieder der GEW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag zum jährlichen Abonnementpreis von 35,- Euro (einschl. Porto) bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

nds-Titelfoto: iStock.com / GMVozd; Fotos im Inhaltsverzeichnis: AB Visual / shutterstock.com, katjay / photocase.de, iStock.com / mixetto

nds-Zeitschrift www.nds-zeitschrift.de
nds-Verlag www.nds-verlag.de
GEW NRW www.gew-nrw.de



Die Offene Schule Köln (OSK) ist eine staatlich genehmigte Ersatzschule als zweizügige inklusive Gesamtschule im Aufbau (Sekundarstufe I und II). Wir sind eine inklusive Schule, in der jedes Kind individuell gefördert wird, damit es seine Potenziale entfalten und zu dem jeweils höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden kann.

Ihr Profil:

Wir suchen eine ausgewiesene Lehrer- und Leitungspersonlichkeit als **Schulleiter/in**

Bewerber/innen müssen

- über eine mind. 6-jährige hauptamtliche Berufserfahrung im Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen oder dem Lehramt an Gymnasien verfügen (vgl. § 34 LaufbahnVO NRW).
- die Befähigung gem. § 61 Abs. 5 und 6 SchulG NRW nachweisen. Erfüllen Sie die Voraussetzungen gem. § 61 Abs. 6 SchulG NRW noch nicht oder nicht vollständig, kann dies durch eine bis zur Einstellung erfolgreich absolvierte Schulleitungsqualifizierung (SLQ-Maßnahme BASS 20-22 Nr. 62) geheilt werden;
- über mehrjährige Erfahrung im inklusiven Unterricht (Fachunterricht und eventuell Klassenleitung) verfügen. Diese muss durch Arbeitszeugnisse nachgewiesen sein
- bereits mehrjährige Leitungserfahrung als Mitglied der Schulleitung einer Gesamtschule, eines Gymnasiums, einer Realschule oder einer Hauptschule gewonnen haben;
- sich mit den Zielen, den Grundsätzen und der Konzeption der Offenen Schule Köln und ihres Schulträgers identifizieren sowie die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen aktiv befürworten.

Es ist von **Vorteil**, wenn Sie folgende Kenntnisse mitbringen:

- Wissen und praktische Erfahrung in der Anwendung spezieller pädagogischer Systeme (z.B. Montessori, Jenaplan);
- praktische Erfahrung in der Schulleitung einer Gesamtschule (z.B. stellv. Schulleitung, Abteilungsleitung, Didaktische Leitung) in NRW.

Bitte beachten Sie noch folgende **Hinweise**:

- Die Bewerbung von Menschen mit Schwerbehinderung wird ausdrücklich begrüßt.
- Bewerber/innen aus anderen Bundesländern steht eine Bewerbung offen, jedoch wird ihnen vor formaler Bewerbung eine Abklärung der Einstellungs- und Tätigkeitsbedingungen in Absprache mit dem Schulträger empfohlen.
- Von Bewerber/innen wird die Bereitschaft erwartet, im Falle der Einstellung innerhalb von 6 Monaten nach Aufnahme ihrer Tätigkeit ihren Lebensmittelpunkt in den Großraum Köln zu verlagern.

Wollen Sie unsere Schule nicht nur leiten, sondern aktiv weiterentwickeln? Wollen Sie nicht verwalten sondern gestalten? Vertreten und leben Sie den Grundgedanken eines inklusiven Menschenbildes und des inklusiven Unterrichts mit Überzeugung und Leidenschaft?

Dann bewerben Sie sich bis zum **31.05.2019**.

Eine Einstellung zur Vorbereitung auf die Leitungsaufgabe als Mitglied der Schulleitung ist ausdrücklich erwünscht. Die Stelle ist bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen als Planstelle (A15Z LBesG NRW) eingruppiert, alternativ ist ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis analog TV-L E15 (Lehrer) möglich.

Bitte übersenden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an den:

Geschäftsführer des Schulträgers
OSK Offene Schule Köln gemeinnützige GmbH
Dr. Andreas L.G. Reimann
An der Wachsfabrik 25
50996 Köln
Telefon: 0177 - 5675903
per Mail: andreas.reimann@offene-schule-koeln.de

weitere Informationen finden Sie unter www.offene-schule-koeln.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen,
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

4-2019

Foto: iStock.com / Andrey Danilovich

Der Nachwuchs ist da!

Jetzt Referendar*innen werben
und attraktive Prämien sichern.

NEUE MITGLIEDER WERBEN ...

Zum 1. Mai 2019 starten fast 5.000 Referendar*innen in den Vorbereitungsdienst in NRW. An jeder Schule können unsere Mitglieder dazu beitragen, dass die Bildungsgewerkschaft weiter wächst.

... UND PRÄMIE AUSSUCHEN!

Bei allen Werber*innen bedanken wir uns mit einer tollen Prämie. Prämienflyer in diesem Heft oder online:

WWW.GEW-NRW.DE/MITGLIEDER-WERBEN